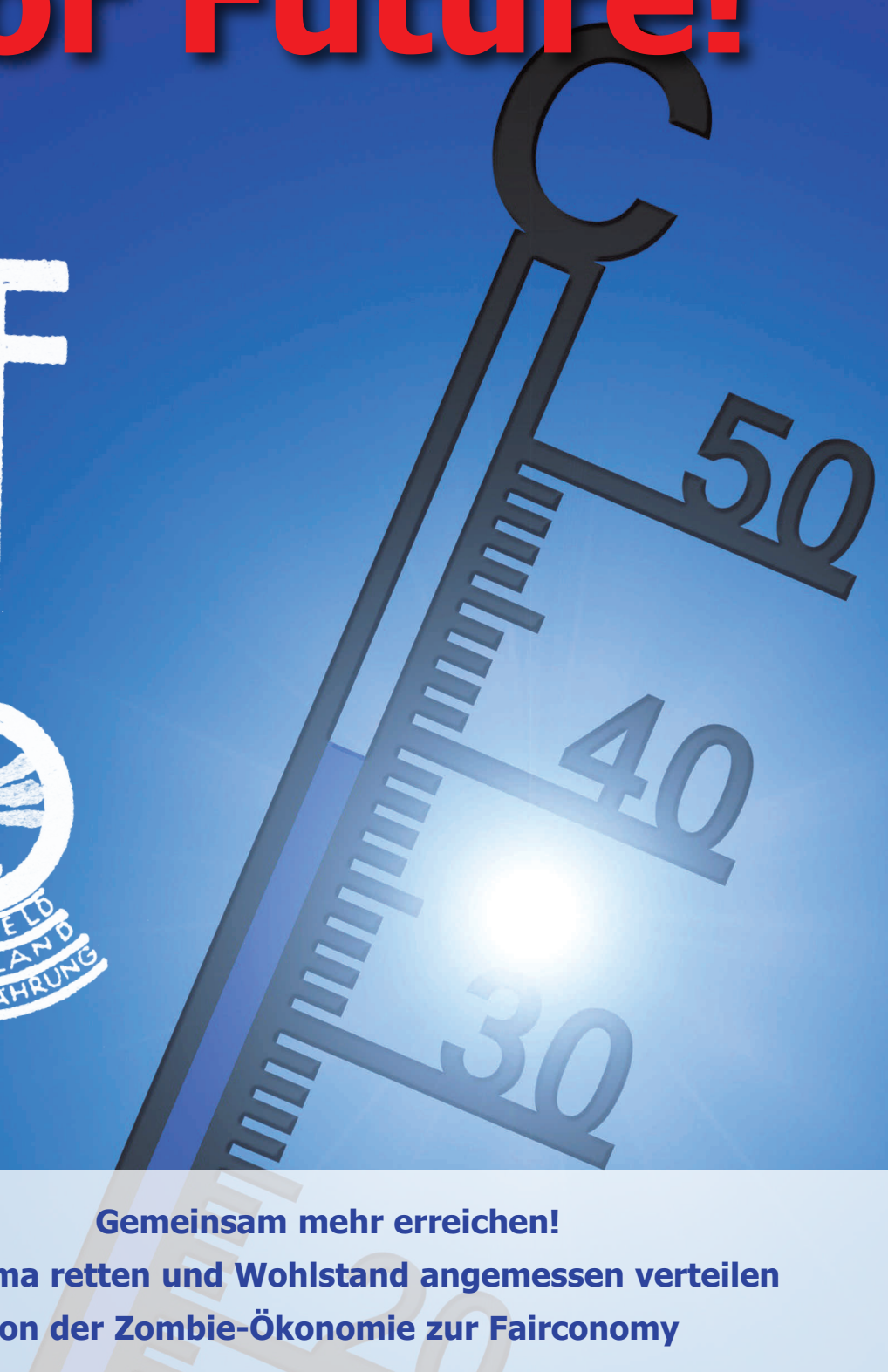


# FAIRCONOMY

einfach – wirksam – gerecht

## For Future!



**Gemeinsam mehr erreichen!**

**Das Klima retten und Wohlstand angemessen verteilen**

**Von der Zombie-Ökonomie zur Fairconomy**

# Die Lobby der Zukunft

Was haben Geldsystem und Bodenrecht mit Fridays for Future zu tun? – Sehr viel!

»Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun«, mahnen uns die Jugendlichen von Fridays for Future mit den Worten Molières. Sie konfrontieren uns damit, dass es in den letzten Jahrzehnten massive Versäumnisse gab. Wir haben nicht das getan, was wir hätten tun müssen, um eine lebenswerte Zukunft auf diesem Planeten zu sichern. Die Mahner der Vergangenheit, darunter auch Silvio Gesell, wurden nicht ernst genommen oder in den Treitmühlen unseres Wirtschaftsgebietes einfach überhört.

Die Folgen spüren wir jetzt auch bei uns, aber vor allem werden unsere Kinder und Enkel sie zu spüren bekommen. Gibt es noch eine Chance, das Ruder herumzureißen? Was können wir tun?

Ohne Änderungen der Geldpolitik und der Boden- und Ressourcenordnung ist eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechtere Zukunft nicht möglich.

Die Geldpolitik entscheidet über das Wohl und Weh unserer arbeitsteiligen Gesellschaften; darüber, ob ausreichend Geld da ist und ob es dahin fließen kann, wo es dringend benötigt wird: in nachhaltige Projekte wie Wiederaufforstung und Bio-Landwirtschaft, in erneuerbare Energien und ökologische Bildung, in Gesundheitsberufe und Altenpflege...

Die Bodenordnung entscheidet über die Verteilung unserer Lebensgrundlage. »Grund und Boden ist keine beliebige Ware, sondern eine Grundvoraussetzung menschlicher Existenz«, betont der 93-jährige ehemalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel in seinem neuen Büchlein

»Mehr Gerechtigkeit!«. Er setzt sich für eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Nutzung ein, die den Boden als wesentliche Grundlage der Daseinsvorsorge sowohl für die heutige Bevölkerung als auch für die kommenden Generationen anerkennt.

Die Ressourcenordnung geht noch über den Boden hinaus und muss sicherstellen, dass auch für die, die nach uns kommen, noch ausreichend von allem zur Verfügung steht.

»Die Plünderung der natürlichen Ressourcen ist eine entscheidende Quelle der besitzenden Eliten, auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung Profite zu erzielen«, schreibt Klaus Willemsen in seinem Beitrag. Durch das Prinzip der Pro-Kopf-Rückverteilung von Abgaben können wertvolle Ressourcen geschont und gleichzeitig alle Menschen einen gleichberechtigten Zugang dazu erhalten. Mit der Pro-Kopf-Rückverteilung von CO<sub>2</sub>-Abgaben können wir jetzt einen Anfang machen.

Wir bitten Dich, unsere wichtige Aufklärungsarbeit in diesen Bereichen mit aller Kraft zu unterstützen und dabei zu sein: Lass uns heute die Lobby für eine bessere Zukunft sein!

Mit den besten Wünschen

*Beate Bockting*



Kontakt: Beate.Bockting@INWO.de

**Hinweis:** Wir verwenden in unserem Verein und unserer Zeitschrift das solidarische Du.

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapita-

listische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

## Inhalt

- 3 Felix Fuders: FFF – Fairconomy For Future!
- 4 Jörg Hohwiller: Gemeinsam mehr erreichen!
- 7 Klaus Willemsen: Das Klima retten und Wohlstand angemessen verteilen
- 8 Bericht 64. Mündener Gespräche: Turbulenzen auf dem Immobilienmarkt
- 12 Felix Fuders & Beate Bockting: Von der Zombie-Ökonomie zur Fairconomy
- 14 Fritz Andres: Empathische Geometrie
- 17 Thomas Kubo: Offener Brief an Gabor Steingart
- 18 Regionalseiten Deutschland
- 20 Regionalseiten Schweiz
- 22 Mitglied werden! – Beitrittsformular
- 23 Buchvorstellung

## Impressum

**FAIRCONOMY** 15. Jahrgang, Nr. 4 Dez. 2019, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

**Redaktion:** B. Bockting (V.i.S.d.P.), M. Gassner  
E-Mail: Redaktion@INWO.de

**Auflage:** 1.600 Exemplare

**Bildnachweis:** Titelseite: © geralt / pixabay.com / Christina v. Puttkamer; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 4: © PublicDomainPictures / pixabay.com; 5: © Bob\_Dmyt / pixabay.com 6: © Christina v. Puttkamer; 10: © Daniel Mühlleitner; 11: © Christian A. Schröder, CC BY-SA 4.0; 12: © Pexels / pixabay.com / currens / pixabay.com / Christina v. Puttkamer; 15: © geralt / pixabay.com; 19: © angiechaoticcrooks0 / pixabay.com (Button) + Amber\_Avalona / pixabay.com (Spendenbox); 20: © Viktor Schwabenland / pixelio.de; 23: © A. Lindert-Rottke / fotolia.com; 24: igravenstein / pixelio.com / Christina v. Puttkamer

**Layout:** design-angel.de, Christina v. Puttkamer, München

**Druck:** Mühlbauer Druck, Puchheim  
(gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

**Herausgeberin:** INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt, Internet: www.INWO.de,  
E-Mail: INWO@INWO.de

**Mitglieder- und Abo-Kontakt Deutschland:**  
INWO e.V., Wallstr. 97, 50321 Brühl  
Telefon: +49 2232 156368 (freitags 11-15 Uhr),  
E-Mail: mitglieder@inwo.de

**Kontoverbindung:**  
INWO e.V. bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum  
IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00, BIC: GENODEM1GLS

**Abo-Kontakt Schweiz:** INWO Schweiz,  
Postfach 3161, 5430 Wettingen 3, Telefon: +41 56 426 60 90,  
E-Mail: buero@INWO.ch, www.INWO.ch

**Kontoverbindung:**  
Konto 40-963-0 bei der Freien Gemeinschaftsbank  
IBAN: CH20 0839 2000 0040 0679 8  
PC-Konto 30-1771-2, IBAN: CH83 0900 0000 3000 1771 2

# FFF: Fairconomy For Future

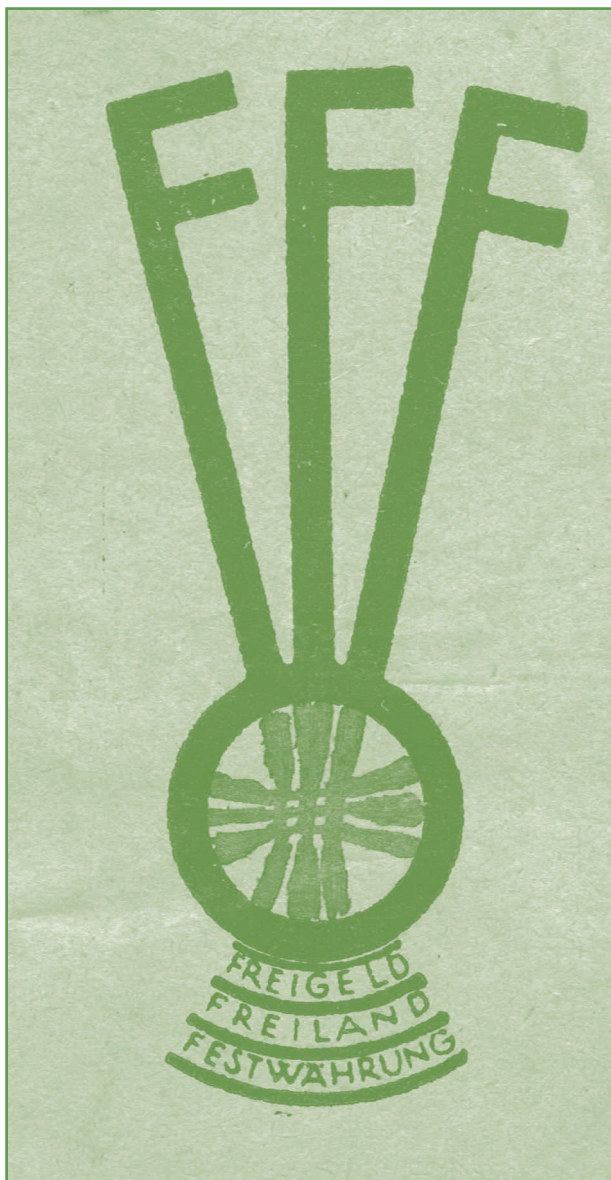
Wie sich die Zeiten ändern: Nach Jahrzehnten positiver nominaler Zinsen weiß die Europäische Zentralbank nun, dass negative Zinsen notwendig sind. Doch die INWO ist jetzt wichtiger denn je.

**D**ie EZB ist grundsätzlich auf dem richtigen Weg und wir müssen sie nicht länger überzeugen, dass negative Zinsen im Geldmarkt richtig und wichtig sind. Silvio Gesell ist mittlerweile ein anerkannter Ideengeber, auch wenn das Bargeld bisher leider noch nicht mit einer Nutzungsgebühr belegt ist.

Seit dem 1. November ist Christine Lagarde die Chefin von Europas mächtigster Wirtschaftsinstitution und wir hoffen, dass sie den unter Mario Draghi eingeschlagenen Kurs weiterführen wird. Denn: Mit den Zinsen ist auch die Arbeitslosigkeit stark gesunken, während Beschäftigung und Steuereinnahmen auf neue Rekordwerte geklettert sind. Selbst die Renten sind stärker gestiegen als vor der Finanz- und Eurokrise. Und das alles bei eher schwachem Wirtschaftswachstum.

Außerdem sind die leistungs- und risikolosen Einkommen der Reichen und Superreichen in den letzten Jahren nur noch im Immobiliensektor auf breiter Basis gestiegen. Diese auf privaten Eigentumsrechten an Grund und Boden gründenden Einnahmequellen sprudeln zwar noch sehr üppig, reichen aber langfristig nicht aus, die bisherige Logik hoher Rendite- und Wachstumsraten aufrechtzuerhalten.

Doch die Mainstream-Medien, von der Bild-Zeitung über das Handelsblatt und die FAZ bis hin zum Spiegel, sowie große Teile des Finanzsektors sehen den Führungswechsel an der EZB-Spitze als ihre Chance und bauen Druck auf den EZB-Rat auf: Sie wollen die ihnen verhasste Geldpolitik negativer Zinsen beenden. Ehemalige, meist deutsche Zentralbanker sprechen in einem Memorandum von der durch Niedrigzinsen hervorgerufenen »Zombification«, die es zu beenden gelte. Damit meinen sie die



Historisches FFF-Logo der Freiwirtschaftsbewegung

**»Die Opfer der  
Negativzinspolitik  
sind nicht die  
kleinen Sparer.«**

steigende Anzahl an Betrieben, die kaum noch Gewinne erwirtschaften. Und sie sprechen Klartext: Sie wollen diese Betriebe durch höhere Zinsen gezielt zerstören! Denn nur so ließen sich Wettbewerb verringern und Monopolrenten steigern. Dass hieraus für die arbeitende Bevölkerung höhere Arbeitslosigkeit, stärkerer Arbeitsdruck, mehr Unsicherheit – die Kehrseite hoher Zinsen und üppiger Renditen – folgt, wird von jenen Kreisen dabei billigend in Kauf genommen.

Daher ist die INWO jetzt wichtiger denn je. Jeder Widerspruch gegen die Anti-EZB-Agitation und die »Sparer-werden-enteignet«-Kampagne der finanzstarken Mainstream-Medien ist nun wichtig. Und wir halten mit all unseren Kräften dagegen: In unseren Materialien und im Internetauftritt, bei Veranstaltungen und im persönlichen Gespräch mit Entscheidungsträgern stellen wir klar: Das Opfer der Negativzinspolitik sind nicht die kleinen Sparer. Diese leben vor allem von höheren Löhnen und Renten! Es sind die Eigentümer der großen »Cash-Pools« oder Betriebe, die vor lauter Gewinn nicht wissen, was sie mit ihrem Geld anfangen sollen. Und genau das ist richtig und nur so kann die kapitalistische, auf positiven Zinsen und hohen Renditen beruhende Wachstumslogik dauerhaft durchbrochen werden. Nur so kann eine wirklich freie und nicht zu Wachstum gezwungene Marktwirtschaft etabliert werden.

Wenn Millionen junger Menschen freitags für den Erhalt ihrer Lebensgrundlagen auf die Straße gehen, fordern sie nichts anderes als ein Ende des umweltzerstörenden Wachstums. Wir wollen diese jungen Menschen erreichen und für ein besseres Verständnis der monetären Voraussetzungen einer wachstumsneutralen Wirtschaft sorgen! ■

Felix Fuders

# Gemeinsam mehr erreichen!

Immer mehr Menschen sind die Mechanismen und Konsequenzen unseres herrschenden Geldsystems bewusst geworden. Trotz aller »Wirtschaftswunder« und technologischen Fortschritte, die es uns beschert hat, sehen wir inzwischen auch die Schattenseiten.

**O**xfam<sup>1</sup> offenbart die zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit in der Vermögensverteilung, die letztlich eine unmittelbare Konsequenz eines Geldsystems ist, in dem nur dann jemand sehr viel Geld haben kann, wenn andere sich entsprechend immer stärker verschulden und aus dieser Verschuldung nicht mehr aus eigener Kraft herauskommen. Spätestens seit der großen Finanzkrise von 2008 sind ganze Massen aufgewacht und erkennen, dass sich etwas grundsätzlich ändern muss. Die einhergehende ökologische Katastrophe macht schonungslos deutlich, dass ein auf permanentem Wachstumsdrang konzipiertes System uns auf Dauer keine lebenswerte Zukunft bringen wird.

## Viele Initiativen mit unterschiedlichen Zielen

So hat sich eine beachtliche Szene von Geldreformern gebildet. Seit einigen Jahren bin ich hier in verschiedenen Vereinigungen und Gremien unterwegs. Überall begegne ich netten Menschen, die sich für eine bessere und vor allem gerechtere Zukunft einsetzen. Alle sind sich darin einig, dass unser Geldsystem problematisch ist. Bei der Lösung des Problems herrscht hingegen keine Einigkeit. Die einen fordern Vollgeld<sup>2</sup> (z.B. Monetative e.V.<sup>3</sup>), die anderen ein bedingungsloses Grundeinkommen (z.B. Mein Grundeinkommen e.V.<sup>4</sup>), manche die Verstaatlichung aller öffentlichen Güter, andere Freigeld und Bodenreform<sup>5</sup> (z.B. INWO e.V.<sup>6</sup>). Diese Aufzählung könnte noch lange fortgeführt werden. Alle haben gute Ideen und Ansätze, sind aber jeweils für sich (noch) zu klein, um die Welt nachhaltig zu verändern.

Immer wieder erlebe ich leider auch, dass Geldreformer ihre Energie verschwenden, indem sie gegeneinander arbeiten: Da wird gestritten und gerungen, wer die beste Idee hat und was an der Idee der anderen unzureichend ist. Manchmal sind auch diese Diskussionen wichtig und bringen uns weiter. Meist aber geht es hier um das eigene Ego und weniger darum, vom anderen etwas dazuzulernen.

## Ziele verbinden und Kräfte vereinen

Aber haben nicht alle Recht? Können wir nicht alle Ideen verbinden? Können wir nicht alle



an einem Strang ziehen und gemeinsam viel mehr erreichen, mit vereinter Energie? Wollen wir nicht alle die Welt verändern und mehr Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit?

Ich bin vor einiger Zeit der INWO beigetreten, weil mich persönlich die Ideen und Konzepte von Silvio Gesell<sup>7</sup> überzeugen. Fangen wir mal beim Freigeld an:

Wenn das Geld eine Demurrage oder Umlaufsicherung hat, also negativ verzinst wird, dann wird sofort klar, dass die Anhäufung von gigantischen Geldmengen (»Milliarden«) für den Einzelnen keinen Sinn mehr ergibt. Eine derartige Ungleichverteilung der Geldvermögen, wie sie über Jahrzehnte stattgefunden hat, wird damit automatisch unterbunden. Gleichzeitig fließt das Geld und dient seinem primären Zweck als Zahlungsmittel.

Wie aber setzt man eine Umlaufsicherung auf Geld mit dem heutigen Stand der Technik um? Immer noch mit Klebmarken wie

1932/33 in Wörgl? Soll die Umlaufsicherung eine Steuer oder Abgabe sein, die an den Staat abgeführt wird, um den Wert zu erhalten? Oder verliert das Geld einfach langsam seinen Wert und »rostet« so schleichend vor sich hin? In der Parabel »Die Wunderinsel Barataria«<sup>8</sup> plädiert Silvio Gesell für einen solchen Ansatz. Wenn man aber eine kontinuierliche Löschung nach einem festen Prozentsatz vorsieht, dann sinkt die Geldmenge permanent. Dadurch ergibt sich unweigerlich die Frage, wo das Geld herkommt, damit es nicht ausgeht. Die einfachste Lösung dafür ist, das Geld einfach kontinuierlich zu schöpfen. Pro Person kann analog zur Löschung auch neues Geld geschöpft werden. Wenn dies vollständig als bedingungsloses Grundeinkommen ausgeschüttet wird, sind wir beim Gleichgewichtsgeld<sup>9</sup>. Damit auch große Gemeinschaftsprojekte (Infrastruktur, Renaturierung usw.) in einem solchen System effizient umsetzbar sind, kann ein Teil des geschöpften Geldes



Nur gemeinsam werden wir die großen Herausforderungen meistern, um unseren Planeten zukunftsfähig und das Leben lebenswert zu machen. Mach mit!

auch als »Staatseinkommen« an Kommunen und Staaten ausgeschüttet werden – und wir sind beim ThankToken<sup>10</sup>. Fügt man der Geldschöpfung eine dritte Dimension hinzu und bildet damit noch einen Umwelt- und Nachhaltigkeitsfonds, sind wir beim Gradido<sup>11</sup>.

Betrachtet man in einem solchen System die Entwicklung der Geldmenge über die Zeit, so stellt man fest, dass diese bei einer gleichbleibenden Anzahl von teilnehmenden Personen sich asymptotisch einer festen Obergrenze annähert (Details siehe Gleichgewichtsgeld-Systematik<sup>12</sup>). Da hier die Geldschöpfung nicht mehr durch Geschäftsbanken erfolgt und Geld nicht mehr beliebig geschöpft werden kann, wird auch das primäre Ziel des Vollgelds erreicht. Dieser Ansatz kombiniert somit die Ideen von Freigeld, Vollgeld und Grundeinkommen.

### Geldreform allein greift zu kurz

Was mich zusätzlich an der Natürlichen Wirtschaftsordnung und damit der INWO begeistert, ist die Bodenreform, die neben Silvio Gesell insbesondere auch auf Henry George und Michael Flürscheim<sup>13</sup> zurückgeht.

Geld ist eine Kombination aus seinen Eigenschaften als Zahlungsmittel, Wertaufbewahrungsmittel und Preismaßstab. Wenn wir Geld neu konzipieren, ändern sich diese Eigenschaften und dies hat maßgebliche Konsequenzen für unser gesamtes Handeln, miteinander und sogar für unsere Psychologie. Ein Freigeld fördert bei gleichbleibender Akzeptanz den Geldumlauf und die Eigenschaft des Zahlungsmittels. Gleichzeitig schwächt es unmittelbar die Wertaufbewahrungsfunktion, was ja durchaus beabsichtigt ist.

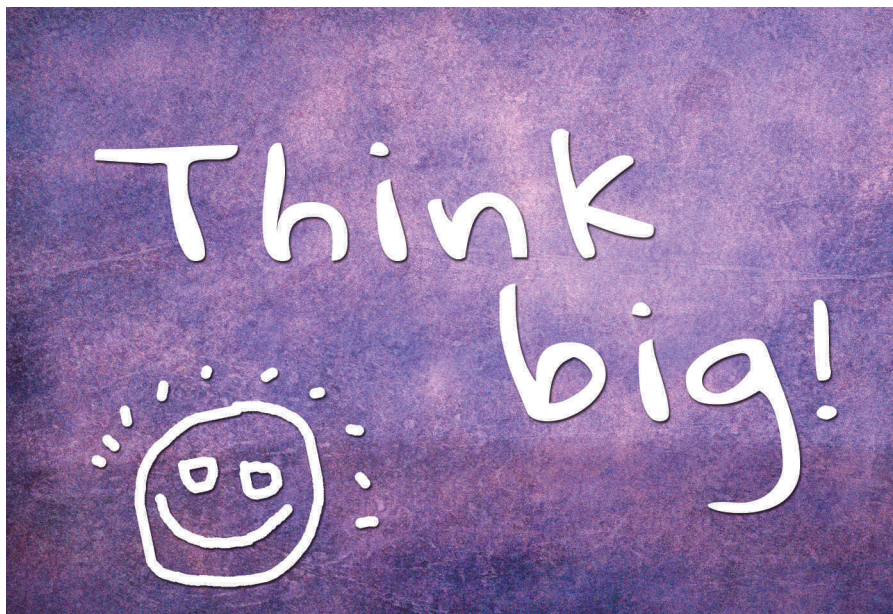
Allein in einer Geldreform werden wir daher die Lösung unserer Probleme nicht finden,

denn wenn die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes geschwächt wird, folgt eine Kapitalflucht in Besitz wie z.B. Gold oder Produktionsstätten, insbesondere aber in Bodeneigentum. Nur wenn gleichzeitig auch der Boden als Public oder Common Good wieder der Gemeinschaft zugeführt wird, durch private Nutzungsrechte auf Zeit statt Privateigentum, kann eine solche Kapitalflucht gestoppt werden und damit ein Freigeld erst funktionieren. Wer verstehen möchte, wie wichtig und dringlich eine solche Bodenreform ist, der sollte unbedingt den Film Landraub<sup>14</sup> ansehen. Auch in Bezug auf den Boden gibt es neben der INWO viele kleinere Bewegungen und Initiativen, die Hoffnung und Mut machen wie z.B. das Allmendeland<sup>15</sup>, die Kulturland Genossenschaft<sup>16</sup> oder das Mietshäuser Syndikat<sup>17</sup>.

### Digitalisierung als Chance?

Wir sind im Zeitalter der »Macher«. Jeder einzelne kann per 3D-Druck seine eigene Produktidee verwirklichen, per Book-on-Demand sein eigenes Buch drucken, oder wie wir am Bitcoin sehen können, auch sein eigenes Geld schaffen. Natürlich gibt es gerade bei Geld und Boden viele Gesetze und Regulierungen. Aber angesichts der aktuellen Situation sollten wir uns ernsthaft die Frage stellen, worauf wir als Gesellschaft noch warten wollen? Hundert Jahre nach Silvio Gesell haben einige Notenbanken zwar leichte Negativzinsen eingeführt und somit einen Schritt in die richtige Richtung gewagt – aber Freigeld haben wir immer noch nicht.

- 1 [www.oxfam.org/](http://www.oxfam.org/)
- 2 [vollgeld.de/](http://vollgeld.de/)
- 3 [www.monetative.de/](http://www.monetative.de/)
- 4 [www.mein-grundeinkommen.de/](http://www.mein-grundeinkommen.de/)
- 5 [userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/gesell/nwo/nwo.pdf](http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/gesell/nwo/nwo.pdf)
- 6 [www.inwo.de/](http://www.inwo.de/)
- 7 [de.wikipedia.org/wiki/Silvio\\_Gesell](http://de.wikipedia.org/wiki/Silvio_Gesell)
- 8 [userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/fragen-der-freiheit/heft129/barataria.htm](http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/fragen-der-freiheit/heft129/barataria.htm)
- 9 [www.gleichgewichtsgeld.de/](http://www.gleichgewichtsgeld.de/)
- 10 [github.com/thanktoken/thanktoken.github.io/wiki](https://github.com/thanktoken/thanktoken.github.io/wiki)
- 11 [gradido.net/](http://gradido.net/)
- 12 [www.gleichgewichtsgeld.de/wp-content/uploads/ggg/2017-05-15\\_GleichGewichtsgeld-Systematik.pdf](http://www.gleichgewichtsgeld.de/wp-content/uploads/ggg/2017-05-15_GleichGewichtsgeld-Systematik.pdf)
- 13 [de.wikipedia.org/wiki/Michael\\_Fl%C3%BCrscheim](http://de.wikipedia.org/wiki/Michael_Fl%C3%BCrscheim)
- 14 [www.landraub.com/DVD/](http://www.landraub.com/DVD/)
- 15 [www.allmendeland.de/](http://www.allmendeland.de/)
- 16 [kulturland.de/](http://kulturland.de/)
- 17 [www.syndikat.org/](http://www.syndikat.org/)



Der technologische Fortschritt (z.B. durch Internet und Kryptowährungen) hat uns jedoch Türen geöffnet und gibt uns Möglichkeiten, die Welt massiv zu verändern, ohne riesige Mengen an Macht und Geld.

Im Projekt ThankToken<sup>18</sup> sind wir gerade dabei, eine einzigartige Kryptowährung zu konzipieren und zu implementieren, welche durch Grund- und Staatseinkommen geschöpftes Freigeld realisiert. Dabei stellen sich ganz neue Herausforderungen<sup>19</sup>, die wir aber zumindest konzeptionell schon gelöst haben. Ein weiterer ganz wichtiger Aspekt bei dieser Kryptowährung ist die Ressourcensparsamkeit. Anders als bei einer Blockchain zur Verwaltung von Kontobewegungen, werden hier atomare Geldeinheiten als digitale Token gebildet, die bei jedem Wechsel des Besitzers um eine kryptographisch signierte Transaktion verlängert werden. Dadurch kann das System alte Daten einfach wieder vergessen und muss nicht wie eine Blockchain unermesslich anwachsen. Durch einen effizienten Konsensmechanismus wird auch nur sehr wenig Energie für die Verwaltung benötigt.

Eine weitere Besonderheit von ThankToken ist, wie einfach aber effektiv damit direkte Demokratie ermöglicht wird: Jeder Teilnehmer schöpft neben seinem privaten Grundeinkommen die gleiche Menge an Staats- bzw. Gemeinschaftseinkommen. Dieses kann vollständig an den »Staat« (die von den Teilnehmern gewählten Vertreter der jeweiligen Gemeinschaft) überwiesen werden. Dann ent-

scheidet der »Staat«, wie das Geld verwendet wird. Jedem Teilnehmer steht aber auch die Möglichkeit offen, bis zu 80 Prozent des von ihm geschöpften Gemeinschaftseinkommens selbständig an von den Gemeinschaftsvertretern zur Förderung bewilligte Projekte zu »überweisen«. Wer also politisch motiviert ist, kann selbst entscheiden, ob der Berliner Flughafen weitergebaut wird, oder wie viel er von seinem Anteil für den lokalen Kindergarten ausbaut, die Renaturierung des Flusslaufs oder auch den Autobahnausbau ausgibt. Wenn man dies einfach nur mal zu Ende denkt, wird klar, wer dann die Entscheidungsgewalt hat. Wenn man gleichzeitig noch bedenkt, dass viele Steuern, wie Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Grundsteuer, Umsatzsteuer usw., sowie Arbeitslosengeld, Kindergeld usw. entfallen, wird klar, wie viel bürokratischer Overhead nicht mehr benötigt wird.

Damit wird extrem viel Potential in der Gesellschaft frei, das für produktivere bzw. wichtigere Tätigkeiten genutzt werden könnte.

Ob die aktuelle Gesellschaft dafür schon offen und bereit ist, steht natürlich auf einem anderen Blatt, aber langfristig könnten wir so ein ganz anderes Miteinander und einen gesunden Umgang mit unserem Planeten erreichen. Bis das Projekt so weit ist, dass man damit praktisch per PC und Handy bezahlen kann, braucht es viele Mitstreiter und es werden vermutlich noch viele Jahre vergehen. Vielleicht wird sich ThankToken auch mit anderen, ähnlichen Initiativen verschmelzen. Bitcoin wird auch nicht das Zahlungsmittel

der Zukunft werden, aber es hat der Gesellschaft einen neuen Weg aufgezeigt, der Veränderung zulässt und neue Möglichkeiten eröffnet. Ob diese Chancen überwiegend positiv oder negativ genutzt werden, ist noch offen. ThankToken hat den Anspruch, einen positiven Weg aufzuzeigen.

### Groß denken!

Aber sind die notwendigen Veränderungen nicht insgesamt zu groß, unrealistisch und damit nicht an die bestehende Gesellschaft anschlussfähig? – Nein!

Die Utopie ist nicht der unerreichbare Ort, sondern lediglich der Ort, den es bisher noch nicht gibt. Wir stehen als Menschheit vor gewaltigen Problemen: vom drohenden Kollaps der Finanzmärkte, über Rezessionen und Rentenkrisen, bis hin zur wachsenden Gesamtbevölkerung und der ökologischen Zerstörung unseres Planeten. Diese sich zuspitzende Problemlage wird den Zwang zu drastischen Veränderungen kontinuierlich erhöhen. Je früher wir uns aufmachen und diese Veränderungen auf den Weg bringen, desto besser sieht unsere Zukunft aus. Auch, wenn wir uns manchmal klein und machtlos fühlen – wir haben heute alle Chancen und Möglichkeiten, die Welt von morgen gerechter und nachhaltiger zu gestalten.

### Klein anfangen!

Gleichzeitig sollten wir alle auch bei uns im Kleinen anfangen, die Welt zu verändern und nachhaltiger zu leben.

- *Wie kaufe ich ein?*  
Jutetasche oder Plastikbeutel, mit Fahrrad oder Auto, im Unverpacktladen oder Riesen-discounter?
- *Was kaufe ich ein?*  
Bio oder Gift, gebraucht oder neu, Qualität oder Billigware, Mehrweg oder Einweg, wenig oder viel?
- *Wo kaufe ich ein?*  
Regional statt global, vom Marktstand oder im Internet, vom Erzeuger oder Erpresser?
- *Wer macht was mit meinem Geld?*  
Ethische Bank<sup>20</sup> und Versicherung<sup>21</sup> oder skrupellose Kapitalvermehrungsmaschine?
- *Was kann ich noch tun?*  
Finde die für deine Ziele passenden Initiativen und Vereine, trete bei und vernetze dich. Egal ob Tauschring, Umweltschutzorganisation oder die INWO – oder alle drei!



Jörg Hohwiller beschäftigt sich seit 2002 mit unserem Geld- und Besitzwesen. Er ist Gründungsmitglied des Instituts für systemische Wirtschaftsforschung<sup>22</sup> und Mitglied der INWO sowie weiteren Vereinen zur Geldreform. Als IT-Consultant und Software-Architekt engagiert er sich zudem für die Kryptowährung ThankToken.

18 [github.com/thanktoken/thanktoken.github.io/wiki](https://github.com/thanktoken/thanktoken.github.io/wiki)

19 z.B.: Wie stellt man sicher, dass jede natürliche Person nur einmal pro Zeiteinheit die entsprechende Geldmenge schöpft?

20 [www.fairfinanceguide.de/](http://www.fairfinanceguide.de/)

21 [utopia.de/bestenlisten/ethische-versicherungsanbieter/](http://utopia.de/bestenlisten/ethische-versicherungsanbieter/)

22 [syswifo.de](http://syswifo.de)

# Das Klima retten und Wohlstand angemessen verteilen

Zwei Themen bewegen die Menschen, auf die die Politik keine glaubwürdigen und belastbaren Antworten zu bieten hat. Das erste ist der Klimawandel und die Frage, unter welchen Umweltbedingungen Menschen in Zukunft leben werden. Das zweite ist die immer noch zunehmende Schere zwischen Arm und Reich.

**D**ie Anhäufung von Geld und Macht findet gleichermaßen national wie international statt. Welche Konsequenzen hat es für die Gesellschaft, wenn sich Reiche Medienmacht, politische Entscheidungen und sogar Wählerverhalten erkaufen können? Welche Konsequenzen ergeben sich für die Individuen, wenn die arbeitende Bevölkerung einen immer größeren Anteil ihres Arbeitsertrags für die Monopolgewinne der besitzenden Elite aufbringen muss? Wie gelingt es, diesen Trend umzukehren, bevor nationale und internationale Spannungen noch größere Katastrophen auslösen?

Mittlerweile ist die Summe aller Immobilien, die als Vermögenswerte gehandelt werden, mehr als doppelt so hoch, wie das Bruttosozialprodukt der ganzen Welt. Dementsprechend bringen die arbeitenden Menschen einen immer größer werdenden Anteil ihres Arbeitsertrages auf, um die Ansprüche der Bodeneigentümer zu bedienen. Diese Entwicklung ist nicht durch Sozialleistungen und individuelle Hilfen in den Griff zu kriegen. Es braucht eine grundsätzliche Umkehr der Geldströme, bevor die Zahl der Landlosen oder gar Wohnungslosen am einen Ende, und die schiere Manipulationsmacht der Superreichen am anderen Ende unsere gesellschaftlichen Strukturen vollkommen zerrüttet haben.

## Ressourcenverbrauch massiv belasten

Die Unwilligkeit der Politiker, den Ressourcenverbrauch durch Abgaben zu lenken, egal ob demokratisch gewählter oder von Oligarchen abhängiger Parlamentarier, hat ökonomische Ursachen. Die Plünderung der natürlichen Ressourcen ist eine entscheidende Quelle der besitzenden Eliten, auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung Profite zu erzielen. Jede Gesellschaft könnte die privaten Profite, die sich aus dem Abbau und der Nutzung von Ressourcen ergeben, abschöpfen. Mit diesen Einnahmen könnte man die ungeeigneten Steuern auf Arbeitsleistung abschaffen oder soziale Leistungen finanzieren. Allerdings würden damit die Besitzenden um einen entschei-



denden Vorteil gegenüber der arbeitenden Bevölkerung beraubt.

In der öffentlichen Diskussion kommen diese Forderungen praktisch nicht vor, da sich Medienvertreter und Wissenschaftler weitgehend einer Selbstzensur unterwerfen und kritische Analysen nicht nur in Russland, China und den USA, sondern auch bei uns keine Lobby haben.

## Flussumkehr der Geldströme

Raubbau an der Natur und Ungleichheit – beide Phänomene sind durch eine Art Umkehr der heute noch bestehenden Geldflüsse von den Arbeitenden zu den Besitzenden in den Griff zu kriegen. Die Profite aus dem Abbau und der Nutzung von Rohstoffen – eine entscheidende Quelle für privaten Reichtum, Korruption und Machtkonzentration – gilt es über Ressourcenabgaben abzuschöpfen und zu gleichen Teilen auf die gesamte Wohnbevölkerung einer Region zurück zu verteilen.

Wenn jeder Bürger in gleicher Weise an einer solchen Abgabe partizipiert, kann man deren Höhe in demokratischen Prozessen optimal entwickeln. Das Prinzip ist einfach. Für die Nutzung des Bodens erhält die Allgemeinheit eine Abgabe. Egal ob Rohstoffe abgebaut,

Nahrungsmittel angebaut oder die Grundstücke für Wohn- oder Gewerbeimmobilien genutzt werden. Diese Einnahmen werden zu gleichen Teilen an alle in der betreffenden Region lebenden Menschen ausgezahlt. Je höher die Abgabe steigt, desto höher steigt die allgemeine Kaufkraft der Menschen. Gleichzeitig jedoch werden der Ressourcenverbrauch und der Bodenverbrauch teurer. Wer durch seinen Lebensstil deutlich mehr Boden, Ressourcen oder Energie verbraucht als der Durchschnittsbürger, wird durch steigende Abgaben stärker belastet. Wer dagegen einen Lebensstil pflegt, der unterdurchschnittlich viel Boden und Ressourcen verbraucht, genießt ein allgemeines, bedingungsloses Grundeinkommen. So wird Umwelt- und Ressourcenschutz belohnt!

## 200 Euro Bürgergeld pro Kopf und Monat

Allein eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung von 115 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>, wie sie seit Jahren in Schweden erhoben wird, würde ausreichen, um jedem in Deutschland lebenden Menschen ein monatliches Bürgergeld von 100 Euro auszuzahlen. Weitere 100 Euro pro Monat kämen hinzu, wenn man auf die 5,5 Billionen Euro Bodenwerte einen Liegenschaftszins von nur 2% jährlich erhebt und zu gleichen Teilen verteilt.

Diese beiden einfachen Maßnahmen hätten mehrere entscheidende Vorteile:

- Klimaschädliches Verhalten könnte Schritt für Schritt verteuert werden, ohne nachteilige Härten für die geringverdienende Bevölkerung.
- Die Abschöpfung der Bodenrente würde das Spekulieren mit und Profite durch Boden für internationales Finanzkapital tendenziell immer unattraktiver machen.
- Die Bodenpreisentwicklung würde nicht mehr länger die Verarmung großer Teile der Bevölkerung zur Folge haben.

Vor allem aber würden diese Maßnahmen das Auseinanderdriften von Reichtum und Armut stoppen und sogar umkehren können und somit in allen Gesellschaften stabilisierend und beruhigend wirken. Frieden braucht Gerechtigkeit. ■

Klaus Willemsen

# Turbulenzen auf dem Immobilienmarkt

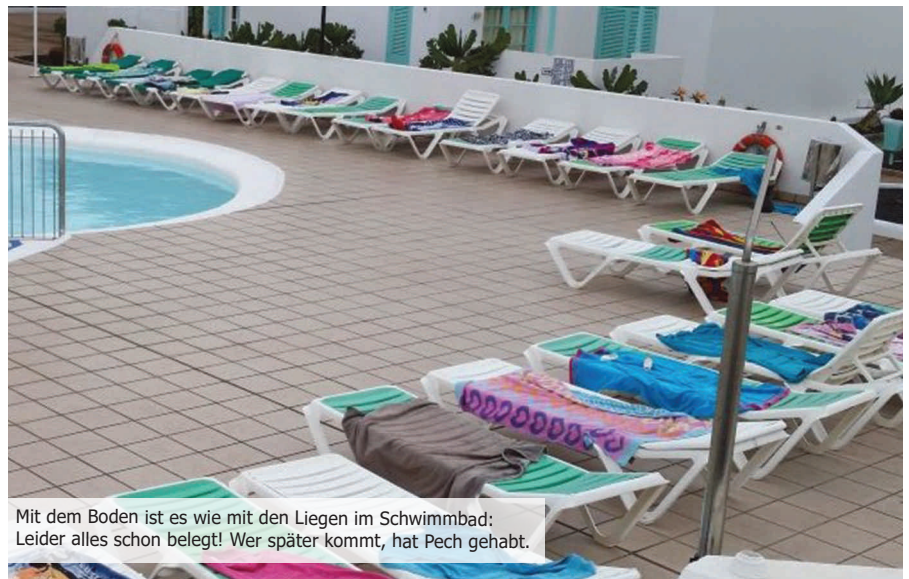
Seitdem die Zinsen auf den Kapitalmärkten gegen null oder sogar darunter sinken, nehmen Preissteigerungen auf den Immobilienmärkten ungeahnte Ausmaße an. Wie kann die Politik dem wirksam begegnen? Ein Bericht von den 64. Mündener Gesprächen, die am 16. und 17. November in Wuppertal stattfanden.

**I**n den letzten Jahren sind die Bodenpreise und Mieten geradezu explodiert. Für immer mehr Menschen wird es schwierig oder gar unmöglich, überhaupt bezahlbaren Wohnraum zu finden. Prof. Dr. Dirk Lühr, Vorsitzender der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V., lenkte schon bei der Begrüßung den Fokus auf das zugrundeliegende Problem: Die Bodenwerte haben sich – konservativ gerechnet – seit dem Jahr 2000 verdoppelt. Während der Faktor Arbeit trotz der Niedrigzinsphase kaum hinzugewonnen hat, dürften die Bodenwerterträge die Kapitalerträge mittlerweile überholt haben. Der unvermehrbar Boden wird zur Kapitalanlage, während in Deutschland immer mehr Menschen ein Drittel ihres Einkommens oder mehr allein für das Wohnen ausgeben müssen. Die Frage muss daher lauten: Wie kann man den Boden entkapitalisieren?

Im Einführungsvortrag stellte Dr. Daniel Mühlleitner, Ökologischer Ökonom an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, und Mitarbeiter des BUND Naturschutz in Bayern e.V., die dramatische Fehlentwicklung dar. Berlin, Hamburg, München und Frankfurt am Main gehörten 2017 zu den Top10-Städten mit den höchsten Immobilienwertzuwächsen weltweit. In Berlin haben sich die Immobilienwerte in den letzten fünf Jahren um fast 70 Prozent erhöht. Bei den Kaufpreisen erfährt das Segment über 6.000 Euro/qm, welches es vor 2009 fast gar nicht gab, in den letzten Jahren einen permanenten Auftrieb. Bei den Mietpreisen nimmt parallel das Preissegment über 14 Euro/qm zu. Gleichzeitig gibt es auf dem Immobilienmarkt und bei den Mietvertragsabschlüssen immer weniger Bewegung, denn Verkauf oder Wohnungswechsel bedeuten zu meist ökonomisch gesehen eine Verschlechterung und werden eher vermieden.

## Boden ist unentbehrlich

Boden ist nun einmal unvermehrbar, aber auch unentbehrlich! Wenn der bestehende Boden schon in Eigentum vergeben ist, haben diejenigen das Nachsehen, die neu hinzukommen, denn sie müssen sich ihren Platz teuer



Mit dem Boden ist es wie mit den Liegen im Schwimmbad: Leider alles schon belegt! Wer später kommt, hat Pech gehabt.

erkaufen. Mühlleitner verglich dies anschaulich mit einem Schwimmbad, in dem alle Liegen schon mit Handtüchern belegt und reserviert sind, obwohl sie nicht benutzt werden.

Anhand von Beispielen führte er dann den ökonomischen Begriff der Differentialrente (nach David Ricardo) ein: 2.000 Euro könne man monatlich einnehmen, entweder indem man:

- Vollzeit als KrankenpflegerIn arbeite, oder aber
- vier 100 qm-Wohnungen in Gera vermiete oder
- eine 100 qm-Wohnung in München vermiete.

Die Differenz zwischen den Mieten in Gera und München, von der die Münchner Eigentümer profitieren, ergibt sich dabei vor allem durch die höheren öffentlichen Investitionen, zum Beispiel in den Bau von Bahnstrecken oder U-Bahn-Stationen, die das umliegende Land attraktiv machen.

Als wichtigste Gründe für die derzeitigen Entwicklungen nannte Mühlleitner:

- das niedrige Zinsniveau

- Privatisierungen (z.B. der Altersvorsorge oder der Deutschen Bahn)
- die Verschärfung der Zweckentfremdung privater Wohnungen durch Airbnb
- die Aufhebung der Gemeinnützigkeit öffentlicher Wohnungen 1988

Seit 1994 sind mehr als 100.000 Eisenbahnerwohnungen verkauft worden. Auch Städte haben ihre kommunalen Wohnungen teilweise privatisiert. In Berlin, wo über 80 Prozent der Wohnungen Mietwohnungen sind, gehören diese mittlerweile zu einem Fünftel Immobilienunternehmen, drei Viertel davon sogar börsennotierten. Die größten unter ihnen sind Deutsche Wohnen SE (111.500 Wohnungen), Vonovia (44.000), ADO Properties S.A. (22.200), Covivio SE (15.700), Akelius Residential Property (13.700), TAG Immobilien AG (9.900) und Grand City Properties S.A. (8.000). Anteilseigner der börsennotierten Konzerne sind wiederum institutionelle Investoren wie BlackRock, Norges Bank, Aroundtown, Generali oder Bayerninvest, bei denen u.a. auch Gelder der »kapitalgedeckten« Altersvorsorge angelegt sind.

## Was wäre zu tun?

Mühlleitner plädiert für die Abschöpfung der Bodenrenten (d.h. der leistungslosen Einkom-



men aus Bodeneigentum) durch eine entsprechende Bodensteuer, einen Verkaufsstopp der Kommunen für Grundstücke, die Stärkung der Vorkaufsrechte der Kommunen und den Rückkauf von Grundstücken. Zusätzlich sollten Wohnraumzweckentfremdungen schärfer kontrolliert, die Holding-Privilegien bei der Grunderwerbssteuer abgeschafft und die gesetzliche Rente gestärkt werden. Sehr hilfreich wäre es auch, stärker auf Erbbaurechte zu setzen. Die von der Politik eingeführte Mietpreisbremse sei dagegen kontraproduktiv, da sie sogar Vermietung verhindere und reine Preisspekulation fördere.

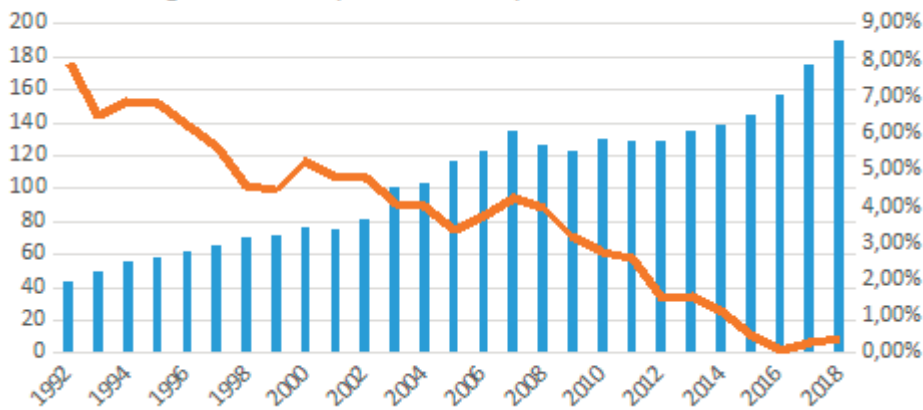
In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass die Datenlage zur Verteilung des Immobilieneigentums und zur Mietpreisentwicklung äußerst mangelhaft ist. Insbesondere muss kritisiert werden, dass die Grundbücher hierzulande nicht wie in anderen Ländern offen zugänglich sind. Erwünscht wurde auch, die Diskrepanzen zwischen angesagten »Schwarmstädten« und weniger attraktiven Städten und ländlichen Regionen verstärkt in den Blick zu nehmen.

### Von der Grundsteuer zur Bodensteuer

Im folgenden Referat sprach Philipp Heuer, Referent für Innenentwicklung und Grundsteuerreform beim NABU und Koordinator der Initiative »Grundsteuer: Zeitgemäß!«, über die Chancen einer reinen Bodensteuer in den Bundesländern. Für die Anhänger der 2012 gegründeten Initiative ist die Bodensteuer das Mittel der Wahl, um den Preisanstieg und die Spekulation beim Boden sowie den enormen Flächenverbrauch einzudämmen. Die Begrenzung des Flächenverbrauchs auf das 30-Hektar-Ziel (für 2020 laut Klimaschutzplan 2050) wurde von der Bundesregierung um zehn Jahre verschoben, da keine geeigneten Maßnahmen ergriffen wurden, um dieses zu erreichen. So wird in Deutschland weiterhin täglich (!) eine Fläche von 50-60 Hektar (entspricht rund 80 Fußballfeldern) neu ausgewiesen – meist zulasten der Landwirtschaft und fruchtbarer Böden. Dabei besteht ein riesiges Nachverdichtungspotential, dessen Ausschöpfung dem ökologischen Ansatz kompakter Städte viel mehr entspreche.

Mit der am 18. Oktober vom Bundestag und am 8. November vom Bundesrat verabschiedeten Grundsteuerreform wurde laut Heuer ein wahrscheinlich erneut verfassungswidriges und zudem fehlendes, investitionsfeindliches, unfaires, sehr aufwendiges und umweltschädliches Grundsteuergesetz auf den Weg gebracht. Ein Lichtblick ist dabei, dass die Bundesländer die Möglichkeit erhalten, statt des auf Bundesebene verabschiedeten Scholz-Modells über eine Öffnungsklausel eigene Bewertungsmodelle einzuführen.

Entwicklung von Baulandpreisen und Kapitalmarktzinsen in Deutschland



Sinkende Zinsen, steigende Bodenwerte: Die Erträge aus Bodeneigentum dürften die Kapitalerträge mittlerweile überholt haben (© Daniel Mühlleitner)

Dabei sind fünf Modelle denkbar:

- das Bundesmodell (Scholz-Modell)
- das Flächenmodell (Bayern will dieses umsetzen; NRW, Hamburg und Hessen wollen es prüfen)
- das Flächen-Lage-Modell (Niedersachsen will dieses prüfen)
- die Bodenwertsteuer (Baden-Württemberg will diese prüfen)
- die kombinierte Bodenwert- und Bodenflächensteuer

Da beim Scholz-Modell nur noch eine einheitliche Durchschnittsmiete pro Kommune in die Berechnung mit einfließt, bleibt die von der Lage abhängige Ertragskraft unberücksichtigt, was dem Gleichheitsgrundsatz widerspricht.

**Ein gleichberechtigter Zugang zu Grund und Boden sollte ein Grundrecht sein, denn dieser Zugang ist Voraussetzung für die freie Entfaltung der Persönlichkeit.**

Eine noch dramatischere Ungleichbehandlung ergibt sich beim Flächenmodell, das allein die Grundstücks- und Gebäudeflächen berücksichtigt und vollkommen wertunabhängig ist. Hier wird das Leistungsfähigkeitsprinzip komplett ignoriert und außerdem die Spekulation mit unbebauten Grundstücken weiter angeheizt.

Auch bei dem von Niedersachsen neu vorgeschlagenen Flächen-Lage-Modell behält die vorgesehene Ausdifferenzierung in eine

begrenzte Anzahl Lagen nicht die Probleme des Flächenmodells.

Wenn also Bundesländer das Scholz-Modell oder alternativ das Flächen-(Lage-)Modell umsetzen, müssen die Kommunen in diesen Ländern damit rechnen, dass ihre Grundsteuerbescheide 2025 massenhaft angefochten werden. Damit droht ihnen das Risiko von Rückzahlungsverpflichtungen.

Erfreulich ist daher, dass – nachdem sich im September bereits die (Ober-)Bürgermeister von Stuttgart, Böblingen, Ulm, Tübingen, Schwäbisch-Gmünd und Weil der Stadt für ein Bodenwertmodell ausgesprochen hatten, nun auch die baden-württembergische Finanzministerin Edith Sitzmann (Grüne) für das Bodenwertmodell plädiert. Eine reine Bodensteuer bedeutet nicht nur wesentlich weniger Verwaltungsaufwand (da die Gebäude-Daten nicht erhoben werden müssen), sondern ist durch die Berücksichtigung der Lage auch gerechter und verfassungsfester. Zudem würde sich eine separate Grundsteuer C erübrigen, da die Bodenwertsteuer an sich Spekulation unattraktiver macht und die tatsächliche Bebauung baureifer Grundstücke fördert. Aktuelle Berechnungen von Dirk Löhrl für die Verbandsgemeinde Wallmerod haben ergeben, dass bei Einführung einer Bodensteuer die durchschnittliche Grundsteuer-Belastung unbebauter Baugrundstücke von 48 Euro auf 200 Euro jährlich steigen würde (während sie beim Flächenmodell sogar sinken würde!).

### Abschöpfung der Bodenrenten

Die als Gegenargument gegen die Bodensteuer oft vorgebrachte Kritik an der starken Belastungsverschiebung ist von der Bodeneigentümerlobby interessengesteuert. Eine solche Verschiebung hätte für die Mehrheit der Bevölkerung positive Effekte.

In der Diskussion wurde nachgefragt, wie viel von den Bodenrenten eine Bodenwertsteuer denn abschöpfen könne. Dirk Löhrl schätzte, dass bei der aktuell vorgesehenen Aufkommensneutralität (also ohne Erhöhung des gesamten Grundsteuer-Aufkommens) bereits 10-20 Prozent der heute noch in private Taschen fließenden Bodenrenten abgeschöpft würden.

Zudem ließen sich auch positive Effekte für die Bodenpreisentwicklung erwarten. Das historische Beispiel der deutschen Kolonialstadt Tsingtau (China) habe gezeigt, dass eine Erhöhung der Grundsteuer auf 6 Prozent des Bodenwerts die Bodenpreise um 50 Prozent reduzieren könnte.

In der Diskussion wurde auch daran erinnert, dass ein gleichberechtigter Zugang zu Grund und Boden zu den Grundrechten zählen sollte, denn dieser Zugang sei Voraussetzung für die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Stattdessen werde bei uns der Boden wie eine Ware gehandelt.

Ein Teilnehmer machte einen Vorschlag, wie die Kampagne »Grundsteuer: Zeitgemäß!« weiterhin finanziell unterstützt werden könnte: Bodeneigentümer sollten sich bereit erklären, im Vorgriff auf die Einführung einer gerechteren Bodenbesteuerung bereits heute ihren zusätzlichen Anteil zu zahlen.

### **Marktkonforme Erbbaurechte: Besser als Eigentum!**

Am Nachmittag referierte Prof. Dr. Dirk Löhrl vom Umwelt-Campus Trier-Birkenfeld über »Marktkonforme Erbbaurechte: Besser als Eigentum!«. Vor genau 100 Jahren wurde die Erbbaurechtsverordnung in Deutschland verabschiedet, um Menschen mit wenig Eigenkapital – damals insbesondere Kriegsheimkehrern und -versehrten – zu Wohneigentum zu verhelfen und die Bodenspekulation zu begrenzen. Laut Löhrl spreche für kommunales Erbbaurecht die bessere Kontrolle des Nutzungszyklus und die bessere bodenpolitische Steuerungsfähigkeit, die längeren Belegungsbindungen und die Möglichkeit der Subventionierung von Wohnraum zur Wohnraumbförderung. Als Kontrapunkte würden oft die zusätzlichen Kosten gesehen, die eine Spaltung des Eigentums in Boden und Aufbauten mit sich bringt, sowie außerdem die Einschränkung der Verfügungsrechte.

David Ricardo habe allerdings gezeigt, dass eine Spaltung des Eigentums die Nutzung komparativer Vorteile – oft in beträchtlicher Höhe – ermögliche. Auch der Nobelpreisträger Paul Samuelson habe komparative Vorteile bestätigt. Beim Erbbaurecht werden die Risiken umverteilt. Der Erbpachtnehmer übernimmt einen Teil der Risiken vom Erbpachtgeber. Daher sollte beim Erbbaurecht mit dem Image der »sozialen Nische« aufgeräumt werden, meint Löhrl, denn es biete handfeste

ökonomische Vorteile für Kommunen und Bürger. Die Umsetzung kommunaler Erbbaurechte lasse heute aber oft zu wünschen übrig. Löhrl plädiert für marktgerechte Erbbaurechte. Seine Philosophie: »Nicht gegen den Markt arbeiten, sondern die Kräfte des Marktes nutzen!« Was heute noch nicht verstanden werde: Je tiefer der Kapitalmarktzins, desto höher sei der potentielle Mehrwert des Erbbaurechts.

Löhrl verglich drei verschiedene Erbbaurechtsmodelle, wobei für ihn ein Rendite-Prämienmodell wie es beispielsweise von Unternehmen wie Continuum Capital betrieben werde, besondere Vorteile biete. Entscheidend sei



Daniel Mühlleitner bei seinem Vortrag über Ursachen und Auswüchse der Immobilienpreisentwicklung

auch die richtige Auswahl der Erbbaurechtsnehmer. Infrage kämen beispielsweise kommunale Eigen- oder Mischgesellschaften, Genossenschaften oder freie gemeinnützige Träger. Die Renditemaximierung soll nicht an erster Stelle stehen. Konzeptvergaben seien dabei Pachtversteigerungen (wie Silvio Gesell sie befürwortete) vorzuziehen.

Löhrl plädiert außerdem für eine (bessere) Ausbildung der kommunalen Mitarbeiter im Bereich des Erbbaurechts und für institutionelle Veränderungen. So könnten öffentliche Erbbaurechtsfonds gegründet werden. Bei den niedrigen, teils negativen Zinsen sollten Kommunen auch nicht davor zurückschrecken, sich für die Errichtung von Bodenfonds zu verschulden.

Friederike Bock von der Klosterkammer Hannover brachte praktische Erfahrungen zum Erbbaurecht ein. Die Klosterkammer Hannover, keine kirchliche, sondern eine niedersächsische Landesbehörde, ist im letzten

Jahr 200 Jahre alt geworden. Sie wurde nach der Säkularisierung der Klöster von Prinzregent Georg, dem späteren König Georg IV. von Großbritannien, Irland und Hannover gegründet. Sie verwaltet das ihr anvertraute Vermögen – darunter fast 40.000 Hektar Grundbesitz – in vier öffentlich-rechtlichen Stiftungen. Die größte, der Allgemeine Hannoverische Klosterfonds (AHK), geht auf die Gründungszeit im Jahr 1818 zurück. Der Klosterkammer obliegt heute der Erhalt von rund 800 Gebäuden, viele davon denkmalgeschützt. Die Erträge von derzeit rund 3 Millionen Euro jährlich gehen an Projekte in den Bereichen Kirche, Bildung und Soziales.

Haupteinnahmequelle sind dabei heute Erbbauzinsen. Nachgewiesenermaßen vergab eine der angeschlossenen Stiftungen bereits 1919 das erste Erbbaurecht. Ein Grund damals war, dass man Spekulation verhindern wollte. Bock: »Ich behaupte, es hat geklappt!« Das lege auch die Tatsache nahe, dass in einer Gemeinde, in der besonders viele Grundstücke in Erbpacht vergeben wurden, die Grundstückspreise lange Jahre sehr stabil geblieben seien.

Die Klosterkammer verwaltet heute rund 17.500 Erbbaurechtsverträge, ein großer Teil wurde in den 1950er und 1960er Jahren geschlossen. Ursprünglich waren sie oft mit sozialem Wohnungsbau verknüpft, doch später wurden viele der Wohnungen zu Eigentumswohnungen. Mit den einzelnen Wohnungseigentümern mussten dann neue Erbbaurechtsverträge abgeschlossen werden. Dabei wird Wert auf eine liberale Ausgestaltung gelegt, die beispielsweise keine Einschränkungen in der Nutzung auferlegt.

Bei 80-jähriger Laufzeit werden zwischen 2030 und 2045 sehr viele Verträge auslaufen. Schon in den letzten Jahren wurden zahlreiche auslaufende Verträge verlängert. Die Klosterkammer hat kein Interesse daran, die Verträge nicht zu verlängern und die Gebäude zu übernehmen. Bei der Erneuerung der Verträge wird jedoch eine marktgerechte Anhebung des Pachtzinses angestrebt. Diese Wertesicherung führte in den Jahren 2008-2010 bereits zu viel Unmut bei den Erbpachtnehmern, wollten sie doch ungern auf ihre zuvor privilegierten Rechte verzichten. Die alten Verträge sahen meistens nur eine Anhebung des Pachtzinses in Höhe der Inflation vor. Ziel ist nunmehr eine »marktgängige« Ausgestaltung des Erbbaurechts.

### **Sinkende Zinsen – sinkende Renditen**

Thema des Vortrags von Diplom-Ökonom Andreas Rams, Leiter Corporate Finance Solutions bei PwC, Köln, war »Finanzmarktumfeld und Immobilienmarktverfassung – Analyse möglicher Einflusswirkungen«. Sein Ziel: mögliche (Neben-)Wirkungen der Niedrigzins-

politik der Europäischen Zentralbank auf den Immobilienmarkt in Deutschland aufzuzeigen.

Die Ausgangssituation: Seit ca. zehn Jahren hat es weltweit eine laufende, deutliche und noch anhaltende Reduzierung des Zinsniveaus gegeben. In Euroraum seien noch keine Gegenbewegungen absehbar. Neben den vielfältigen angestrebten Zielen der Niedrigzinspolitik der EZB kommen Auswirkungen auf die Immobilienmärkte hinzu.

Immobilien sind für die Gesamt- und Einzelwirtschaft von Bedeutung, da sie – konkurrierend – Gebrauchsgut und Produktionsgut sind. Die volkswirtschaftliche Relevanz ergibt sich daraus, dass Boden einer der Produktionsfaktoren ist – und zwar ein knapper! Zum einen stellen Immobilien bzw. Boden für Investoren eine Anlagemöglichkeit dar (und treten somit in Konkurrenz zum Kapital), zum anderen ist die Finanzierung von Immobilien abhängig von den Bedingungen der Finanzierungsmärkte (wodurch sie abhängig vom Geldkapital sind).

Wohnimmobilien stellen nicht nur soziale Güter dar, sie haben auch großes konjunkturelles Gewicht. Der Wert von Wohn- und Wirtschaftsstandorten zeigt sich an den Immobilienpreisen. Der Immobilienwirtschaft kommt somit große Bedeutung zu.

Als Charakteristika des Wirtschaftsguts Immobilie zählte Rams auf:

- Standortgebundenheit
- Einmaligkeit (jede Immobilie ist ein Unikat)
- Heterogenität (Konkurrenz des Ungleichen)
- Lange Produktionsdauer
- hohe Kapitalbindung
- Dauerhaftigkeit (Vorteil bei Wertbeständigkeit)
- hohe Übertragungskosten

In der Konsequenz grenzt sich das Wirtschaftsgut Immobilie von vielen anderen Wirtschaftsgütern ab.

Das internationale Zinsumfeld befindet sich überwiegend auf einem niedrigen Niveau. Einzelmärkte wie Deutschland zeigen sehr niedrige Marktzinsen. Während der Geldmarktzins bis 2008 stark schwankte, befindet er sich seither im laufenden Rückgang, seit 2014 sogar im negativen Bereich. Seit fast zehn Jahren liegt der Hauptrefinanzierungszins der EZB unter der Inflationsrate, das heißt im Geldmarkt ergibt sich ein negativer Realzins. Der (langfristige) Kapitalmarktzins in Deutschland befindet sich seit ca. 1990 – mit Schwankungen – in einer Abwärtsbewegung. Die Preisanstiege bei Wohn- und analog Gewerbe-Immobilien beginnen augenfällig(er) mit der Phase deutlicher Zinssenkungen ab 2009, wobei regionale Unterschiede feststellbar sind.



In »Marquis-Städten« wie München, Stuttgart, Frankfurt oder Berlin haben sich beispielsweise die Kaufpreise von Eigentumswohnungen deutlich erhöht. Daher wird es besonders in Großstädten als sehr schwer empfunden, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Deutschlandweit sind die Quadratmeterpreise für Eigenheimgrundstücke zwischen 1990 und 2018 um 120 % gestiegen. Die Preise von Eigentumswohnungen haben sich um 115 % erhöht. Die Quadratmeter-Miete bei Wiedervermietungen hat sich von 4,49 Euro um 111 % auf 9,48 Euro erhöht. Vereinfacht gesagt, erhöhten sich die Mieten im Durchschnitt von 1995 bis 2018 um 2 % jährlich.

Mit den steigenden Preisen sinken jedoch die Mietrenditen. Doch während bei Büroimmobilien der Renditeanspruch der Investoren proportional zum Kapitalmarktzins sinkt, steigt dieser bei Wohnimmobilien. Denn zur Amortisation der höheren Kaufpreise ist ein Anstieg der Mieten erforderlich. Zugleich macht der sinkende Kapitalmarktzins höhere Kaufpreise bezahlbar.

Im Ergebnis gehen die Mietrenditen mit den Kapitalmarktrenditen, in einem Abstand über der Rendite der Bundesanleihen. 2018 lagen die Mietrenditen bei ca. 3 Prozent. Im Vorteil sind die Eigentümer und frühen Käufer, während die späten Käufer und die Mieter im Nachteil sind.

Neben dem Zinsniveau spielen jedoch auch noch andere Faktoren wie u.a. Konjunktur und Demografie eine beachtliche Rolle.

Am Sonntagmorgen referierte Dr. Norbert Olah über »Die Bodenrente als Finanzierungspotenzial des demokratischen Rechtsstaates«. Das Henry-George-Theorem der Staatsfinanzierung behauptet, dass die Fixkosten der öffentlichen Güter durch die Bodenrenten finanziert werden können. Mit der Lohnsteuer werden die Lasten der Staatsfinanzierung auf den Faktor Arbeit verschoben, während der Faktor Boden weitgehend ungeschoren davonkommt. Um das Finanzierungspotenzial der Bodenbesteuerung quantitativ abzuschätzen,

schälte Olah die Bodenrente aus der statistischen Sammelkategorie »Unternehmens- und Vermögenseinkommen« heraus. Interessant sind dabei zwei Ausprägungen der berechneten Bodenrenten:

- Bei der *Nettobodenrente* wurden alle konventionellen Steuern abgezogen, um die privatisierte Bodenrente im Rahmen des herkömmlichen Steuersystems abzuschätzen.
- Bei der *Bruttobodenrente* wurden alle konventionellen Steuern gedanklich abgeschafft, um die Möglichkeiten eines alternativen Steuersystems auszuloten.

Nach Olahs Berechnungen für das Jahr 2015 beträgt das ungenutzte Finanzierungspotenzial der Nettobodenrenten rund 320 Mrd. Euro, was deutlich mehr ist als die Lohnsteuer mit insgesamt rund 200 Mrd. Euro. Das gesamte Finanzierungspotenzial der Bruttobodenrenten beträgt rund 530 Mrd. Euro. Das reicht aus, um alle direkten Steuern (Einkommen- und Gewinnsteuern) zu ersetzen und die staatlichen Fixkosten von etwa 350 Mrd. Euro zu decken. Um ein Staatsbudget von rund 650 Mrd. Euro finanzieren zu können, müssten Nutzungsgebühren in Höhe von etwa 120 Mrd. Euro hinzukommen. Olah: »Damit ist das Henry-George-Theorem mit den Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung empirisch bewiesen.«

Ergebnis des zusammenfassenden Rundgesprächs war, dass die Politik angesichts der steigenden Immobilien- bzw. Bodenpreise dringend gegensteuern muss, um den sozialen Sprengstoff zu entschärfen. Eine wichtige Maßnahme kann die Trennung der Besteuerung von Boden und aufstehenden Gebäuden durch die Einführung einer reinen Bodenwertsteuer sein. Ein zweiter Ansatz einer sozialverträglichen Bodenpolitik wäre eine Stärkung des Erbbaurechts. Das Erbbaurecht hat – wenn es mit einer kommunalen Bodenvorratspolitik kombiniert wird – das Potenzial für eine »Bodenreform von unten«.

Beate Bockting

# Von der Zombie-Ökonomie zur Fairconomy

Wird unsere Wirtschaft von »untoten« Unternehmen beherrscht, wie die Kritiker der Negativzinspolitik der EZB monieren? Es gibt sicher Unternehmen, die überflüssig sind. Doch andererseits überleben viele Unternehmen, die wir weiterhin brauchen, sowie neue, innovative Projekte nur mit niedrigen Zinsen.



**D**ie Mainstream-Argumentation, Sparer würden nun, da es fast keine Zinsen mehr auf Guthabenkonto gibt, um eben diese Zinsen betrogen, ist schlimmste populistische Meinungsmache. Diese Ansicht ignoriert vollkommen, dass es die Sparer selbst sind, die die Zinsen letztlich bezahlen. Das gilt selbst dann, wenn sie selbst nicht verschuldet sind, da Zinsen in den Preisen sämtlicher Produkte enthalten sind. Unternehmen finanzieren sich ja zumeist über Kredite.

Nun wird jedoch von den Kritikern der derzeitigen EZB-Politik gerade bemängelt, dass wirtschaftlich nicht mehr erfolgreiche Unter-

nehmen durch eine andauernde Umschuldung von Krediten künstlich am Leben erhalten werden. Die lockere Geldpolitik der Zentralbank fördere die »Zombifizierung« der Wirtschaft. Sie begünstige »Zombie-Kredite«, also Kredite an faktisch insolvente Schuldner, bei denen die Bereinigung der Kredite von den Banken immer wieder hinausgeschoben wird.

## Gehebelte Kredite

»Leveraged Loans«, Kredite, die an bereits hoch verschuldete oder bonitätsschwache Unternehmen vergeben werden, nehmen tatsächlich stark zu. Der Markt hierfür hat mittlerweile eine Größenordnung von 1,4 Billionen

US-Dollar erreicht. »Leveraged« (gehebelt) bedeutet, dass die Verschuldung des Unternehmens im Verhältnis zu seinem Vermögen oder Gewinn nach gängigen Maßstäben unverhältnismäßig hoch ist. Das kann gefährlich werden, wenn es zu Zinserhöhungen kommen sollte, die diese Firmen nicht mehr verkraften. Anlegerschützer warnen: Die Kreditvergabe-standards sind möglicherweise zu locker. Der Markt ist zudem intransparent. Ein großer Teil der Leveraged Loans wird gebündelt als Collateralized Loan Obligations (CLOs) vor allem an Investmentfonds weiterverkauft. Da jedoch auch diese Fonds mit dem Bankensektor verwoben sind, könnten bei Kreditausfällen gefährliche Kettenreaktionen entstehen.

Der IWF hat für seinen Finanzstabilitäts-Bericht<sup>1</sup> die Lage in acht wichtigen Volkswirtschaften untersucht: USA, China, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien. Die Unternehmensverschuldung in diesen Staaten ist heute deutlich größer als auf dem Höhepunkt der Finanzkrise; sie ist von 34 auf 51 Billionen Dollar gestiegen.

Auch der Anteil »riskanter Kredite«, die vom Ausfall bedroht sind, wächst dabei schnell. Was passiert, wenn sich die Weltkonjunktur deutlich verschlechtert? Eine Krise, nur halb so stark wie die Finanzkrise vor zehn Jahren, würde laut IWF-Experten dazu führen, dass 40 Prozent aller Unternehmensschulden in den untersuchten Ländern (19 Billionen Dollar) nicht mehr aus den Unternehmens-einnahmen finanziert werden könnten. Viele Firmen sind eben nicht finanzstark und können ihre Schulden nur deshalb bedienen, weil die Zinsen heute niedrig sind.

### Intelligente Regulierung nötig

Zunächst ist es Aufgabe der Bankenregulierung, dafür zu sorgen, dass Einzelrisiken erfasst, berechnet und angemessen mit haftenden Kapital unterlegt werden. Sich nur auf den Kredithebel zu fokussieren, greift zu kurz. Bislang wurde versäumt, klar zwischen auf Institutsebene berechenbaren Einzelrisiken und nur von Regierung und Zentralbank steuerbaren Makrorisiken zu unterscheiden (auch wenn Basel III hier erste positive Ansätze aufweist).

### Zinssteigerungen sind gefährlich

Sollten sich die Finanzierungsbedingungen plötzlich verschlechtern, würden viele Schuldner in Schwierigkeiten geraten. Zinssteigerungen wären insbesondere auch für Entwicklungs- und Schwellenländer riskant. Die Auslandsverschuldung in Schwellen- und Entwicklungsländern liegt heute 60 Prozent höher als zur Zeit der Finanzkrise. Wollen die Kritiker der Negativzinsen große Teile der Unternehmen weltweit durch eine »Normalisierung« der Zinsen in den Ruin treiben?

### Statt Zinsen Umweltabgaben erhöhen!

Es darf nicht sein, dass man alle hochverschuldeten Unternehmen über einen Kamm schert und ihnen durch eine Zinserhöhung den »Todesstoß« versetzt, sondern es gilt,

statt der Zinsen endlich Umweltverbrauch und Ressourcenverschwendung zu verteuern. Rohstoff-Lizenzen könnten teurer werden. Eine angemessene Besteuerung von Flugbenzin und Schiffstreibstoff würde die Treibhausgasemissionen senken helfen. Plastikverpackungen sollten besteuert werden. Für die ökologische Transformation werden jedoch günstige Kredite benötigt.

### Ethische Kreditvergabe

Zudem müssen ethische Kriterien bei der Kreditvergabe überall stärker berücksichtigt werden. Einige alternative Banken machen schon jetzt nur Geschäfte mit ethisch und ökologisch vertretbaren Unternehmen und fördern mit

»Es gilt, statt der Zinsen endlich Umweltverbrauch und Ressourcenverschwendung zu verteuern.«

ihren Investitionen eine nachhaltige Entwicklung und soziale Projekte. Diese brauchen niedrigverzinsten Langfristkredite.

Die Langfristzinsen können sinken, wenn die Geschäftsbanken den Negativzins der Zentralbank an die Halter täglich fälliger Guthaben weitergeben. Dadurch steigt der Anreiz, auch bei niedrigen Zinsen Gelder längerfristig festzulegen. Dies gewährleistet die Versorgung der Realwirtschaft mit günstigen Langfristkrediten, ohne dass die Geschäftsbanken für die Refinanzierung zu stark auf kurzfristige Gelder angewiesen sind. Dadurch sinkt die Abhängigkeit von der Entwicklung der Leit- und Geldmarktzinsen wie auch die Abhängigkeit der Banken untereinander.<sup>2</sup>

### Mehr selbstbestimmte Zeit

Bei sinkenden Zinsen können wir auf weitere Produktivitätssteigerungen verzichten. Unsere Wirtschaft ist bereits hochproduktiv. Bei niedrigeren Kapitalkosten können die Löhne steigen, was den Menschen erlauben würde, ihre Arbeitszeit zu verkürzen. Mehr Eigenarbeit und Subsistenzwirtschaft macht nicht nur Freude, sondern ist in den meisten Fällen öko-

logisch sinnvoll und fördert die Resilienz unserer Gesellschaften.

Bei kürzeren Arbeitszeiten kann die verbleibende Erwerbsarbeit auf alle verteilt werden. Niemand muss mehr ungewollt erwerbslos sein.

Wenn durch niedrige Zinsen die Kaufkraft in der Bevölkerung gleichmäßiger verteilt wird, können die Menschen freier entscheiden, welche Unternehmen sie mit ihren Käufen unterstützen möchten, und welche nicht.

### Geldvermögen in die Pflicht nehmen

Wer an eine »Normalisierung« der Geldpolitik glaubt, lebt in einem Wolkenkuckucksheim und hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Die heutige Herausforderung liegt darin, nicht mehr den Schuldnern die ganze Zinslast aufzubürden, sondern nun die großen Geldvermögen, die über Jahrzehnte akkumuliert wurden, in die Pflicht zu nehmen. Da Geld nicht arbeitet und auch keinen Nachwuchs bekommt, wie bereits Aristoteles herausgestellt hat, beruhen Zinseinkommen nicht auf der eigenen, sondern auf der Arbeitsleistung der Kreditnehmer, die im Übrigen auch das unternehmerische und damit das eigentliche Risiko tragen.<sup>3</sup>

### Negativzinsen helfen der Realwirtschaft

Die in einer Volkswirtschaft erhältlichen Güter und Dienstleistungen geben dem Geld seinen Wert. Daher müsste sich der Geldbesitzer eigentlich bei dem realwirtschaftlich produktiv tätigen Kreditnehmer und dessen Mitarbeitern dafür bedanken, dass diese durch produktive Investition seinem Geld einen Wert, also Kaufkraft verleihen! Wäre es nicht folgerichtig, real wirtschaftende Unternehmen dafür zu belohnen, dass sie den Werterhalt des Geldes sichern? Es darf nicht länger darum gehen, Gewinne für den Zinsdienst zu generieren. Gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten müssen finanziert werden! Effektive Negativzinsen, die im Idealfall wie von Silvio Gesell vorgeschlagen auch das Bargeld einbeziehen, sind das Mittel der Wahl.

Effektive Negativzinsen würden den Geldfluss aufrechterhalten, ohne dass dazu ein positiver Geldzins (über null) als Prämie für den Verzicht auf Liquidität (J. M. Keynes) notwendig wäre. Startups würden leichter als heute Kredite erhalten. Zudem würde die Hauptursache sowohl für die stetig wachsende Ungleichheit in der Vermögensverteilung wie auch für den Wachstumszwang der Wirtschaft und damit die Umweltzerstörung behoben. Eine sozial-ökologische Transformation wird es nur mit effektiven Negativzinsen geben können. ■

Felix Fuders und Beate Bockting

1 International Monetary Fund (Hrsg.): Global Financial Stability Report, Oktober 2019, online unter: [www.imf.org/en/publications/gfsr](http://www.imf.org/en/publications/gfsr). Siehe hierzu auch: [p.dw.com/p/3RP0E](http://p.dw.com/p/3RP0E)

2 Vgl. Beate Bockting: »Degrowth braucht eine Geldreform«, in FAIRCONOMY Sept. 2014, S. 8-9, im FAIRCONOMY-Archiv online unter: [www.inwo.de/uploads/media/FAIRCONOMY/ausgaben/ausgabe-2014-3.pdf](http://www.inwo.de/uploads/media/FAIRCONOMY/ausgaben/ausgabe-2014-3.pdf)

3 Hierzu: Felix Fuders: »Neues Geld für eine Neue Ökonomie – Die Reform des Geldwesens als Voraussetzung für eine Marktwirtschaft, die den Menschen dient«, in Gregor Krämer (Hrsg.): Finanzwirtschaft in ethischer Verantwortung – Erfolgskonzepte für Social Banking und Social Finance, Springer, Wiesbaden 2017, S. 121-183, insb. S. 136 ff.; ders.: »Warum der Zins auch moralisch nicht zu rechtfertigen ist«, in: Humane Wirtschaft, Nr. 2/2010, S. 26-29.

# Empathische Geometrie

Unsere Erde ist eine Kugel, auf deren Oberfläche wir Menschen Grenzen gezogen haben, die uns voneinander trennen. Was würde sich verändern, wenn wir uns auf den gemeinsamen Mittelpunkt besinnen?



Fritz Andres (1946 - 2019)

Der nachfolgende Text beruht auf einem Vortrag, den Fritz Andres am 17.2.2018 im Rahmen der Veranstaltung »Wem gehört die Erde?« in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal gehalten hat. Den Vortrag habe ich damals aufgenommen und erst nach seinem Tod verschriftlicht. Ich gehe davon aus, dass Fritz Andres eine Veröffentlichung in dieser Form noch nicht befürwortet hätte, da er seine vorgetragenen Gedanken noch nicht als »fertig« empfand. Da ich seine philosophischen Gedanken aber äußerst bemerkenswert finde und er

davon kaum etwas in Form von Aufsätzen hinterlassen hat, wird dieser Vortrag hier dennoch veröffentlicht in der Hoffnung, dass dies auch in seinem Sinne gewesen wäre. Es wurden nur kleinere Änderungen vorgenommen.

Weitere beeindruckende Vorträge und Artikel von Fritz Andres werden in Kürze in einem Sammelband im Verlag Thomas Kubo, Münster, erscheinen.

David Fiedler, Seminar für freiheitliche Ordnung

**F**ür Pythagoras war die Mathematik wichtig, aber er hat den Zahlen auch Qualitäten beigemessen. Und ich möchte der Geometrie nicht nur Figuren entnehmen, sondern glaube, dass man mit Gewinn auch eine »empathische Geometrie« betreiben kann. Die folgt nicht so ganz den geometrischen Gesetzen, aber letztlich geht es ja darum, ob man einen geistigen Gewinn daraus zieht.

## Die zerbrochene Kugel...

Stellen Sie sich vor, eine Kugel ist zerbrochen und jetzt liegt irgendwo eine Scherbe herum. Wenn Sie sich diese Scherbe nehmen, dann mag sie noch so klein sein. Sie können aus der Scherbe den Mittelpunkt der ganzen Kugel und letztlich die ganze Kugel rekonstruieren. Das heißt im kleinsten Teil ist das Ganze enthalten, geistig.

Es ist vielleicht nicht ganz unwichtig, dass dieser Mittelpunkt außerhalb der Scherbe liegt. Er ist aber eigentlich ihr Wesen, nämlich ihr Gesetzgeber. Denn vom Mittelpunkt aus, einschließlich des Abstands, den man dazu haben muss, ergibt sich der Krümmungsgrad der Scherbe. Wenn man sich jetzt empathisch – wie wir ja alle sind – in eine Scherbe hineinversetzt, kann man fühlen, wie dieser Kugelmittelpunkt außerhalb von einem selbst aber doch etwas ist, auf das man mit all seinen Fasern hin orientiert ist. Es gibt ja keinen Punkt auf der Oberfläche der Scherbe, der

nicht auf diesen Kugelmittelpunkt orientiert wäre. Dann wird einem erst einmal die Bedeutung des Mittelpunktes für einen selber klar.

Irgendwann wird einem aber auch klar, dass es zugleich auch der Mittelpunkt aller anderen Scherben ist. Das heißt, wenn ich mir die Kugel wieder als Ganzes vorstelle, dann stellt die eine Scherbe fest, dass sie mit der Nachbarscherbe nicht nur auf der Kugeloberfläche verbunden ist, sondern dass sie über den Kugelmittelpunkt auch eine wesenhafte Verbindung zur Nachbarscherbe hat, dass sie also eigentlich im Wesen sogar eins sind.

**»Überall, wo wir uns in der Gesellschaft wechselseitig ausschließen, fehlt es eigentlich an einem Mittelpunkt, in dem wir wesenhaft identisch sind oder uns identisch fühlen.«**

Diese Wesenseinheit ist nur denkbar, weil der Kugelmittelpunkt keine Ausdehnung hat. Wäre das anders, dann würde die eine Scherbe sagen, dieser Teil des Mittelpunktes ist mehr mein Wesen, und die andere Scherbe würde sagen, ein anderer Teil sei mehr ihr Wesen. Aber so ist der Kugelmittelpunkt – da er unausgedehnt ist – der Wesensmittelpunkt jeder Scherbe. Was der Philosoph Nikolaus von Kues als *coincidentia oppositorum*, als den Zusammenfall aller Gegensätze im Unendlichen ansah, das ist im Punkt auch der Fall. Der Punkt ist insofern die absolute Einheit, während alles, was ausgedehnt ist, bereits zwei Seiten hat.

Die Erkenntnis der Scherbe, dass im Grunde die anderen Scherben den gleichen Wesensmittelpunkt haben, bedeutet für die Scherbe, dass sie in der anderen eigentlich eine Bereicherung und eine Ergänzung und vielleicht sogar schließlich eine Vollendung ihrer selbst findet. Etwas, was sie selber auf der Oberfläche nicht erreichen kann, weil sie begrenzt ist. Die Scherbe hat auf der Oberfläche eine Grenze, aber die Nachbarscherbe führt im Verbund mit allen anderen Scherben dazu, dass sie eigentlich ein Ganzes ist.

## ...zerfällt scheinbar in einzelne Flächenstücke

Dagegen ist das Verhältnis zur Nachbarscherbe ein anderes – jetzt springe ich mal zur



Fläche – , wenn zwei Flächenstücke nebeneinander liegen. Deren Mittelsenkrechten laufen parallel, sie treffen sich nie. Die Flächenstücke haben nichts Gemeinsames, außer ihrer Grenze. Vor allen Dingen – und das ist jetzt wesentlich –, wenn man nochmal zur Kugel zurückspringt, wenn man den Radius immer mehr vergrößert, das heißt den Mittelpunkt von der Kugeloberfläche entfernt, wird die Kugeloberfläche immer flacher. Wenn der Kugelmittelpunkt ins Unendliche sich entfernt, wird die Kugeloberfläche zur Fläche. Dann treffen sich die Strahlen, die sie bisher mit dem Kugelmittelpunkt, also mit etwas Gemeinschaftlichem, verbanden, nicht mehr, sie werden parallel. Es gibt nur noch ein Nebeneinander der Flächenstücke.

### Die Kraft des Mittelpunkts

Die Scherben können in dem gemeinsamen Wesen eine Entlastung für sich sehen. Es gibt keine Wesensbegegnung, die konfrontativ wäre. Sie spüren zumindest, dass sie eigentlich ein gemeinsames, eigentlich *ein* Wesen sind. Das können die Flächenstücke nicht. Die Fläche ist ja etwas, das, wenn es sich aus-

breitet, immer nur das Bisherige fortsetzt. Die Fläche kommt nicht zu Gemeinsamkeiten, die Gemeinsamkeit ist gerade nur die Grenze, das heißt das, was ihre Unterschiede ausmacht.

Wenn über der Fläche – wie die Sonne über dem Horizont aufgeht – ein Kugelmittelpunkt aufgeht, so ist dieser aus der Fläche nicht zu

**»Die Verschiedenheiten  
ergänzen sich,  
wenn sie sich auf  
der Grundlage der  
Gleichheit entfalten.«**

erklären, weil die Fläche immer nur in der Fläche bleibt. Die Funktion des Kugelmittelpunktes ist es, die Fläche durch seine Kraft um sich herum zur Kugeloberfläche zu krümmen. Dies führt dazu, dass – wenn der Kugelmittelpunkt dieses Werk vollendet hat –

der Außenrand der Fläche wegfällt. Denn da schließen sich die Enden kurz und es wird eine Ganzheit in einem Sinn, wie es die Fläche jedenfalls nicht war.

Die Scherben können sich nun in ihrer Wesensbegegnung entlastet fühlen. Sie haben nichts mehr gegeneinander, weil sie *eins* sind. Folglich ist das, was sie differenziert, nicht ihr Dasein, sondern nur noch ihr Sosein. Das ist die Ausformung ihrer Existenz. Da ist die eine eben da, die andere da; sie grenzen aneinander, aber sie ergänzen sich.

Also: Die Kugeloberfläche ist eigentlich der ins Ausgedehnte hinausgetretene Kugelmittelpunkt. Dadurch, dass dieser Kugelmittelpunkt allen Scherben gemeinsam ist, ergänzen sie sich und vollenden sich wechselseitig. Daraus kann man unter anderem entnehmen, dass überall, wo wir uns in der Gesellschaft wechselseitig ausschließen, es eigentlich an einem Kugelmittelpunkt fehlt. Es fehlt an einem Punkt, in dem wir wesenhaft identisch sind oder uns identisch fühlen.

## Gemeinschaftsgüter

Ich nehme mal einen Punkt aus der praktischen Politik: Es gibt zwischen Israel und Palästina natürlich viel Konfliktstoff, aber eine große Rolle spielt das Wasserproblem. Da gräbt der eine dem anderen das Wasser ab. Wenn man jetzt unsere Bodenreformvorstellungen auf dieses Problem übertragen und sagen würde: Das Wasser muss von euch oder kann doch von euch als gemeinsame Ressource angesehen werden. Jeder braucht Wasser und soll es auch nutzen – gegen ein Knappheitsentgelt, das so hoch sein muss, dass der Wasserverbrauch in ökologischen Grenzen bleibt. Das muss sein, sonst leben da einfach zu viele Menschen, wenn sie mit dem Wasser nicht auskommen.

Und der Ertrag wird gleichmäßig pro Kopf wieder zurückverteilt, so dass der Durchschnittsnutzer im Ergebnis das Wasser kostenlos hat, aber bei einem hohem Wasserpreis sehr viel spart, wenn er unterdurchschnittlich viel verbraucht. Das wäre so ein gemeinsamer Mittelpunkt in diesem Konfliktherd. So könnte man für viele Konfliktherde Ähnliches ersinnen. Gemeinsamer Mittelpunkt wäre in dem Beispiel also, dass alle an diesem Wasser beteiligt sind, dass das nicht einem ausschließlich gehört und den anderen nicht – sondern die Ressource Wasser wäre ein Gemeinschaftsgut von Israelis und Palästinensern.

## Von der Fläche zur Kugel

Es ist interessant, wie sich das Phänomen der Grenze ändert, wenn man von der Fläche zur Kugel übergeht. Zwischen den Flächenstücken haben die Grenzen absolute Bedeutung. Diesseits der Grenze ist das Flächenstück A »bei sich« und das Flächenstück B eben nicht, und jenseits der Grenze ist es umgekehrt. Die Grenze hat also konstitutiven Charakter für die Teilgröße.

Wenn jetzt der Kugelmittelpunkt ins Spiel kommt und die Teile/die Flächenstücke zu Scherben biegt und auf sich orientiert, wird das Verhältnis zwischen den Scherben entlastet. Und zwar gerade vom Wesenhaften entlastet, weil damit ein gemeinsamer Bezugspunkt vorhanden ist. Dann braucht man keinen existenziellen Krieg mehr auf der Kugeloberfläche zu führen, sondern hat diesen gemeinsamen Punkt, in dem man gleich ist.

Das ist der Unterschied zwischen Gleichheit und Verschiedenheit: Im Wesenhaften ist man gleich oder eins, und auf der Kugeloberfläche ist man verschieden. Aber die Verschiedenheiten ergänzen sich, wenn sie sich auf der Grundlage der Gleichheit entfalten. Ein Baum wächst auch nicht so, dass alle Äste

Krieg gegeneinander führen, sondern durch den einheitlichen Stamm, der jetzt so ein bisschen für den Kugelmittelpunkt steht, werden alle miteinander verträglich. Dieses Ergänzen ist nur für Teile möglich. Ein Ganzes kann sich nicht ergänzen, es ist ja schon ein Ganzes. Aber Teile, bei denen ist die Frage: Ergänzen sie sich oder schließen sie sich aus? Haben wir eine Gewinner-Verlierer-Gesellschaft, wo der eine mehr und der andere dadurch weniger hat?

Dieses Ergänzen heißt ja nur, dass das Ganze den Teilen – wie der Kugelmittelpunkt den Scherben – innewohnt. Er ist sozusagen gegenwärtig: Die Gegenwart des Kugelmittelpunktes in der Kugeloberfläche ist es, was zur Krümmung führt.

## Bereicherung durch Andersein

Wir sehen in allem, was begrenzt ist, in den Staaten und in unseren Grundstücken, überall Flächenstücke. Selbst unser gutes Grundgesetz, das ansonsten in Vielem wirklich ein Glücksfall für die Bundesrepublik ist, besagt,

**»Alle Krankheit beruht  
eigentlich auf einer  
Selbstverabsolutierung  
bzw. einer  
Ganzheitsanmaßung  
der Teile.«**

dass die Freiheit des Einen – so ungefähr dem Wortlaut nach – da aufhört, wo die Freiheit des Anderen anfängt. Diese *Bienenwabensfreiheit*, das ist die Freiheit der Fläche.

Aber die Scherbe, die findet gerade in dem Andersein der Nachbarscherbe eine Ergänzung und eigentlich eine Verwirklichung ihres eigenen Wesens. Dass dieses gleichzeitig auch das Wesen der anderen Scherbe ist, das ist gerade das Interessante an dieser Beziehung zwischen den beiden Scherben. Sie bereichern sich also.

Dazu gibt es von Proudhon ein passendes Zitat. Er sagt ungefähr: »Wenn die Freiheit des Einen in der Freiheit des Anderen nicht mehr eine Grenze, sondern eine Stütze und eine Hilfe findet, dann ist der freieste Mensch derjenige, der die meisten Beziehungen zu seinen Mitmenschen hat.« Und die Scherbe hat – so ein Bild ist natürlich etwas Idealtypisches – zu allen anderen Beziehungen über den Kugelmittelpunkt.

Wenn man daraus einen Imperativ ableiten wollte, dann könnte man sagen: Wehe dem,

der den Kugelmittelpunkt sieht und sich nicht krümmt. Man könnte aber auch sagen: Heil dem, der sich vor dem Ganzen – also vor dem Kugelmittelpunkt – krümmt. Er gewinnt das Ganze. Das Ganze wird sein Teil. Er kann ja gar nicht der Andere sein, weil er durch sein Dasein auf dieser Erde an Zeit und Ort gebunden ist. Das geht nicht anders. Aber es ist doch wunderbar, dass er nicht nach Afrika fahren muss, um eine Banane zu essen.

Wenn die Wirtschaft gut organisiert ist, dann übernehmen den Transport andere für ihn. Warum sind wir da nicht dankbar? Es ist wichtig zu fragen, warum wir aus der arbeitsteiligen Wirtschaft so viele tolle Sachen beziehen und trotzdem meckern. Ich will das Meckern nicht verurteilen. Ich denke, es gibt Gründe dafür, weswegen man nicht voll und ganz zufrieden sein kann, aber man darf darüber die Vorteile auch nicht übersehen.

## Relativierung der Teile

Es sei noch angemerkt, dass zwischen den Flächenstücken die Grenzen etwas Konstitutive sind. Wenn der Bogen sich rundet und der Außenrand wegfällt, nehmen die Binnengrenzen, die ja zwischen den Scherben bleiben, einen anderen Charakter an. Idealerweise sind sie dann nur noch Kennzeichen für die Verschiedenheit zwischen den verschiedenen Scherben. Die eine ist ein Berg, die andere ist ein Tal, aber sie sind in ihrer Basis alle gleich. Es ist ein wichtiger Gesichtspunkt, denke ich, dass vor dem Kugelmittelpunkt – wie wir alle vor dem lieben Gott – eben alle gleich sind und dass der Abstand aller Scherben zum Kugelmittelpunkt für alle gleich ist. Auf der Oberfläche sind wir dann unterschiedlich, ergänzen uns aber. Da könnte man sagen, das ist die Brüderlichkeit.

Die Grenzen haben dann nur noch deklamatorische Funktion. Sie zeigen nur noch an, wo die Unterschiede sind. Für Gesell war ein ganz wesentlicher Punkt, dass nach der Bodenreform Grenzen (auch zwischen den Staaten) nur noch Verwaltungsfunktion haben. Das heißt die Teile ändern ihren Charakter, wenn das Ganze in Kraft tritt. Dann werden die Teile relativiert, denn alle Krankheit beruht eigentlich auf einer Selbstverabsolutierung bzw. einer Ganzheitsanmaßung der Teile. Die ergänzen sich dann nicht mehr, weil ja jeder das Ganze sein will. Weil keiner mehr bereit ist, das Gemeinsame – den Kugelmittelpunkt – anzuerkennen und sich entsprechend zu krümmen. ■

Fritz Andres



# Offener Brief an Gabor Steingart

Lieber Gabor Steingart! Sie äußern sich in Ihrem »Morning Briefing« vom 20. November<sup>1</sup> unter anderem zur aktuellen EZB-Politik. Ich möchte gerne einigen Aussagen widersprechen.

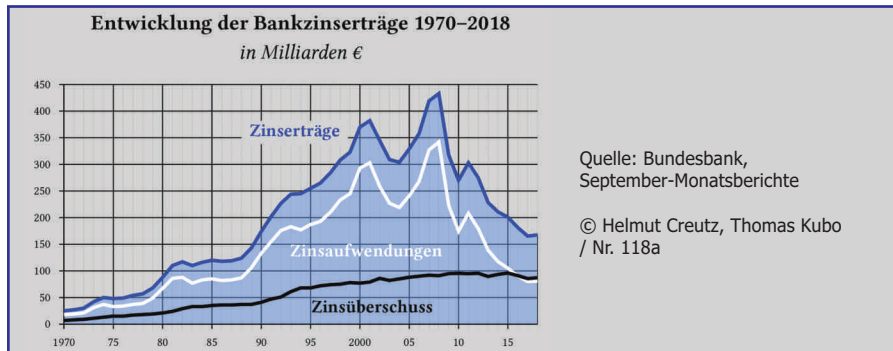
**D**ie Zahlen geben ein einseitiges Bild der Lage wieder, und entpuppen sich bei näherer Betrachtung als pure Polemik. Wenn Sie unter Bezugnahme auf die DZ-Bank einen »Zinsschaden« benennen, der den Deutschen in Höhe von 358 Mrd. zugefügt worden sei, dann betrachten Sie lediglich die eine Seite der Medaille. Diese Zinsen müsste nämlich am Ende irgendwer zahlen, und wenn es sich bei den Zahlern der Zinsen um dieselben Sparer handelte, gingen sie bei höheren Zinsen als Verlierer raus.

Die Bankzinsenerträge sind im Vergleich zu 2008 von 433 Mrd. auf 167 Mrd. gesunken. Dies stellt eine volkswirtschaftliche Entlastung von ca. 265 Mrd. dar. In der Grafik sind die Bankzinsenerträge, -zinsaufwendungen und der Zinsüberschuss der Banken aufgeführt.

Sie erwähnen zurecht, dass es sich bei Giro- und Tagesgeldkonten nur um einen Teil der Guthaben handelt. Sie verschweigen aber, dass im Zuge der Niedrigzinsphase die Menschen ihr Geld nicht mehr langfristig anlegen, wie es angebracht wäre (und wodurch sie den Negativzins umgehen könnten).

Banken sind ferner dabei, ihren Kunden die Prämiensparverträge mit fetten Zinsprämien zu kündigen. Sparkassen sind vorne mit dabei. Dieses Verhalten ist aber absolut marktgerecht: Sie gehen nämlich pleite, wenn sie aus dem Leitzinskorridor herausfallen, um diese Verträge aufrechtzuerhalten.

All das geht bei Ihnen unter. Ferner wimmelt Ihr Text vor begrifflichen Ungenauigkeiten. Besitzer von Geld werden nämlich nicht wie »Aussätzige« behandelt, denn bestraft werden Besitzer von Bargeld eben nicht. Unser jetziges System lässt es zu, dass sie Bargeld horten, um so ungestraft selbst möglichst liquide zu bleiben, während anderen die Liquidität fehlt. Sie werfen »Hasardeure« und »Schuldenmacher« in einen Topf, indem Sie sie in einem Zuge nennen. Die einen sind Verbrecher, die sich mit falschen Angaben Kreditwürdigkeit erschleichen und dann auf Kosten der Gemeinschaft pleitegehen. Die sind aber selten, und die muss eine Gemeinschaft auch ertra-



gen. Die anderen hingegen sind Jungunternehmer und Kreative, sowie Menschen, die in den Mittelstand vorstreben, weil sie sich endlich eine Investition leisten können, ohne vom Zins erdrückt zu werden.

Sie zitieren Paul Ziemiak, der sagt: »Das größte Problem, was wir gerade bei der Strategie der EZB erleben, ist, dass die Menschen Vertrauen in dieses Geldsystem verlieren.«

Das größte Problem ist, dass anscheinend niemand unter den Wirtschaftsjournalisten und deutschen Politikern die EZB-Strategie zu verstehen und differenziert zu betrachten vermag (oder passt das, was sie verstehen, ihnen nur nicht in den Kram?). Und so wird auch die Bevölkerung dumm gehalten. Die Negativzins-Kritik gleitet bei Ihnen unmerklich über in eine Kritik der Staatsanleihenkäufe. Die berechtigte Kritik an den Staatsanleihenkäufen wird dadurch völlig verwässert. Denn die niedrigen Zinsen sind gut.

Weiter Paul Ziemiak: »Wir erleben eine Umverteilung von unten nach oben.«

Nein! Umgekehrt wird ein Schuh draus. Denn die Entlastung der Schuldner führt dazu, dass die Umverteilung von unten nach oben im Bereich des Geldwesens aufhört.

Sie erwähnen weiter: »Ziemiak kündigt eine politische Initiative aus Deutschland an, um sich die Geldpolitik und die geltenden Verträge von Maastricht bis zum Stabilitätspakt auf europäischer Ebene noch einmal vorzunehmen.«

Dann zeichnen Sie es als »tapfer« aus. Jedoch: Erst durch die niedrigen Zinsen konnte der Staatshaushalt die erforderlichen Maastricht-Kriterien von maximal 60 % der Wirtschaftsleistung und maximal 3 % Neuverschuldung erreichen. Will Ziemiak zu den hohen Zinsen zurück, gefährdet er damit automatisch seine selbstgesetzten Ziele. Ist es

tapfer, Schattenboxen als heroische Tat anzukündigen, und sich dann selbst k.o. zu schlagen? Und im übrigen: Seit wann ist es tapfer, sich an Gesetze zu halten?

Den öffentlichen Haushalten geht es immer besser. Die Arbeitslosigkeit sinkt, trotz aller bestehenden Probleme wie Kurz- und Leiharbeit. Warum reden Sie nicht mal darüber?

Kommen wir nun zu den richtigen Problemen, die Sie nicht erwähnen, die aber im Zuge der Niedrigzinspolitik der EZB zu lösen wären:

- Bargeld wird nun gehortet. Damit wächst ein verdecktes Inflationspotenzial in Milliardenhöhe heran, und der Geldkreislauf wird empfindlich gestört. Die Lösung wäre eine Umlaufsicherung auf Bargeld. Das könnten Sie der EZB mal vorschlagen!
- Anleger gehen nun in andere Märkte über. Verständlicherweise betrifft das auch den Immobilienmarkt. Grund und Boden weisen Wertsteigerungen in Milliardenhöhe auf, vor allem in den Großstädten. Der Boden kann nicht verschwinden, ist aber unvermehrbar, und dabei unverzichtbar. Schlecht für viele, wenn Boden eine Rendite erwirtschaften soll. Die Mieten gehen deshalb in den Städten durch die Decke. Hier sehen wir, wer der Dumme ist. Herr Scholz hat indes die Grundsteuerreform auf Bundesebene gehörig vergeigt. Mit der Länderöffnungsklausel delegiert der Bundesfinanzminister die Verantwortung an die Länder, und setzt damit Einnahmen der Kommunen aufs Spiel, weil er das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes und die Forderungen etwa von »Grundsteuer: Zeitgemäß!« nicht versteht. Hoffentlich sind einzelne Bundesländer schlauer: Mit einer verfassungsgemäßen Bodenwertsteuer könnten Bodenwertsteigerungen abgeschöpft werden. ■

Mit freundlichen Grüßen, Thomas Kubo

1) [www.gaborsteingart.com/morning-briefing/](http://www.gaborsteingart.com/morning-briefing/)  
Gabor Steingart, bis 2018 Herausgeber des Handelsblatts, ist einer der bekanntesten Wirtschaftsjournalisten Deutschlands.

## Vernetzung der Freiwirtschaft – Wie geht's weiter?

Am Wochenende 11.-13. Oktober 2019 fand in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte am Nordrand von Wuppertal das 2. Vernetzungstreffen freiwirtschaftlicher Organisationen statt. Hier ein Überblick über die Ergebnisse.

**1.** Eine **Strukturaufstellung** brachte einige Impulse, die sicher noch über längere Sicht in unterschiedliche Richtungen wirken werden, auch weil wir mit dieser Methode auf eine andere Weise als bisher ins Gespräch kamen. Für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer gilt ja **das übergeordnete Ziel, die Wirksamkeit des freiwirtschaftlichen Engagements zu steigern**. Diesem Ziel sind wir wieder ein Stück näher gekommen.

Die folgende Darstellung geht bewusst nicht chronologisch vor:

**2.** Es wurde klar, dass auch für die Attraktivität der Gruppe die weitere **Professionalisierung** wichtig ist. Dazu gehört, dass wir zielgerichteter und verbindlicher miteinander arbeiten wollen als bisher. Das wollen wir fördern, indem wir bei künftigen Treffen verstärkt **ganzheitliche Methoden** anwenden, die vor allem das Visionieren zukünftiger wünschenswerter Zustände nutzen. Und wir wollen **erzählfähiger** werden! Damit ist Folgendes gemeint: Freiwirtschaftliche Inhalte lassen sich als ein überzeugender Sinnzusammenhang präsentieren –



je nach »Gesprächssituation« reicht das von griffigen Slogans auf einem Plakat bei einer Demo über einen einminütigen *pitch* »zwischen Tür und Angel« bis zum abendfüllenden Vortrag. Der Nutzen freiwirtschaftlicher Prinzipien

kann noch deutlicher und eingängiger vermittelt werden. So sollen auch **künstlerische Mittel und Vorgehensweisen** bei der Erschließung und Vermittlung freiwirtschaftlicher Inhalte eine größere Bedeutung bekommen.

**3.** Als Zielgruppen wollen wir zunehmend die **engagierten Jugendlichen** in den Blick nehmen, die beispielsweise *Fridays for Future* nahestehen, ebenso **junge WissenschaftlerInnen** wie auch **pluralökonomische Denkfabriken**, um dort unser Wissen einzubringen.

**4.** Chancen für effizienteres und effektiveres Arbeiten liegen in **intensiverer Kooperation**, die bis hin zu einer Strukturerneuerung gehen könnte: Theoretisch denkbar sind verschiedene Stufen bis hin zur Zusammenlegung aller Organisationen in einer einzigen.

Welche Ausprägung wann angemessen ist und welche davon überhaupt, werden wir im Lauf der weiteren Entwicklung klären müssen. Sicher ist auch, dass solche Veränderungsprozesse auf individueller und organisationaler Ebene ihre Zeit brauchen. Doch auch zu deren Unterstützung gibt es Werkzeuge und Methoden.

**5.** Projektbezogene Zusammenarbeit stellt eine der ersten Stufen dar, auf denen wir Neues ausprobieren und Erfahrungen sammeln können. Die Unterstützung des **Silvio-Gesell-Preises** und der damit verbundenen Konferenz ist solch ein Projekt. Weitere Ideen zum Vorgehen konnten gesammelt, Mitwirkende zur Unterstützung gewonnen und eine verbindliche Arbeitsgruppe eingerichtet werden.

**6.** Im Lauf der letzten zwei Jahre hat sich das Anliegen der Kampagne von »**Grundsteuer: Zeitgemäß!**« auch als ein gemeinsames freiwirtschaftliches Anliegen herausgebildet.

Die Organisatoren wollen sich nun nach der (zum Zeitpunkt unserer Tagung absehbaren) Entscheidung von Bundestag und Bundesrat zur Reform der Grundsteuer auf einzelne Bundesländer konzentrieren, die die Öffnungsklausel nutzen wollen. Es ergibt Sinn, ggf. im Rahmen von Kommunalpolitik oder Kommunalwahlkämpfen mit dem Bodenthema aufzutreten. Außerhalb der Kampagne ist es wichtig, darauf hinzuwirken, dass »die Bodenfrage« in der öffentlichen Diskussion platziert wird und die Zielsetzungen einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik weiter verbreitet werden. Konkrete Anregungen zur Lösung der Bodenfrage können wir als Aufhänger nutzen.

**7.** Bei allem können wir von einem **inhaltlichen Grundkonsens aller freiwirtschaftlichen Gruppierungen** ausgehen. Einige TeilnehmerInnen fanden es jedoch lohnenswert, die Schnittmengen zwischen den **Vorstellungen (Modellen)**, die die freiwirtschaftlichen Akteure von Wirtschaft und Gesellschaft haben, noch genauer zu klären. Dadurch wären auch wirksame Allianzen leichter möglich. Auch dafür lassen sich neue Methoden und Werkzeuge erfolgversprechend heranziehen. Zu einer **aktuelleren inhaltlichen Ausrichtung** der freiwirtschaftlichen Mission gab es einige Anregungen:

Vor dem Hintergrund des Weltgeschehens seit Erscheinen von Gesells »Natürlicher Wirtschaftsordnung« vor rund 100 Jahren wurde auf die Herausforderungen hingewiesen, die sich ihr jetzt stellen, wie beispielsweise **Digitalisierung, Automatisierung und Robotisierung**. In vielen Gesellschaften lässt sich beobachten, dass die Ausbeutung endlicher Naturgüter verstärkt und die Akkumulation von Vermögen verschärft wird, wodurch Schief lagen in der Gesellschaft zunehmen. **Diese sich selbst verstärkende Dynamik wird durch verschiedene Strukturelemente (ökonomische, kulturelle, juristische und andere Institutionen) systemisch stabilisiert**, eben auch durch die rasant wachsende digitale Infrastruktur, die sich jedoch weitgehend in privater Hand befindet (Google/Alphabet, Apple, Facebook, Amazon, eBay, PayPal, Uber u.a.). Unterschiedliche Auffassungen wurden deutlich in Bezug auf die Wirkmächtigkeit einzelner Mechanismen. Ist es beispielsweise die Verfasstheit unseres Geldes allein oder das Ineinandergreifen mehrerer Faktoren? Es dürfte sich lohnen, mehr Klarheit darüber zu gewinnen und auch darüber, wie diese Entwicklungen durch Prozesse in uns selbst befeuert, gestützt und verstärkt werden.  
Holger Kreft

## Mitgliederversammlung 2019

Am 9. November fand die diesjährige Mitgliederversammlung der INWO Deutschland in Münster statt.

Felix Fuders, der 1. Vorsitzende, begrüßte die Mitglieder. Den Vorstandsbericht über die Arbeit im vergangenen Jahr übernahm Beate Bocking. Neben den laufenden Arbeiten, wie Newsletter, Homepage- und facebook-Aktualisierungen, Zeitschriftenherausgabe und Mitgliederbetreuung, war vor allem der Kirchentags-Stand im Juni mit der erfolgreichen Verabschiedung zweier INWO-Resolutionen erwähnenswert. Diese wurden mittlerweile zertifiziert. Ein Erfolg war auch unser neuer Flyer zur »sozialverträglichen CO<sub>2</sub>-Abgabe durch Pro-Kopf-Rückverteilung«.

Felix Fuders ergänzte, dass er zu einem Vortrag in Villa Gesell (Argentinien) eingeladen war, wo nicht nur dem Gründer des bekannten Badeortes, Carlos Gesell, ein Museum gewidmet ist, sondern nun auch der Nachlass von dessen Vater Silvio der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Ferner hat Fuders in verschiedenen Publikationen die Verbindung einer sozialökologischen Wirtschaftsordnung mit den Geldreform-Zielen herstellen können.

Nach dem Kassenbericht von Matthias Klimpel und der Aussprache dazu, wurde der Vorstand einstimmig entlastet. Bei den anschließenden Neuwahlen wurden Felix Fuders als 1. Vorsitzender sowie Beate Bocking und Matthias Klimpel als weitere Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Stephan Gumbel und Detlef Kordes wurden als Revisoren gewählt.

### Vernetzung

Zum Tagesordnungspunkt Vernetzung berichtete Beate Bocking vom 2. Geldwende-Konvergenztreffen am 18. und 19. Mai in Berlin, bei dem sich Vertreter\*innen verschiedener Geldreform-Richtungen erneut austauschten. Die weitere Vernetzung soll unter anderem über Online-Konferenzen stattfinden. Nachdem im Oktober bereits von Dirk Ehnts (TU Chemnitz) die Modern Monetary Theory (MMT) vorgestellt wurde, wird es am 26. November eine Zoom-Konferenz zum Thema Freigeld geben.

Matthias Klimpel informierte über das 2. große Vernetzungstreffen der freiwirtschaftlichen Organisationen, das nach einem Zwischentreffen der Vorstände im März vom 11.-13. Oktober in Wuppertal stattfand (siehe hierzu den vorangehenden Beitrag von Holger Kreft).

### Silvio-Gesell-Preis

Beate Bocking schilderte den Planungsstand zum Silvio-Gesell Preis. Die INWO vergibt zusammen mit der

Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft einen Forschungspreis, der eine ökonomische Arbeit zum Thema Negativzinsen prämiiert. Die Preisvergabe soll im Sommer/Herbst 2021 im Rahmen einer wissenschaftlichen Konferenz stattfinden.

### Strategie 2020/2021

Die Mitglieder erarbeiteten gemeinsam Planungsziele für die INWO-Arbeit 2020/2021. Die INWO steht vor der Herausforderung, bei (altersstrukturbedingt) leicht sinkender Mitgliederzahl (aktueller Stand: 639) die Finanzierung ihrer Angebote sicherzustellen. Die Versammlung diskutierte darüber, ob die Zahl der Ausgaben der Zeitschrift FAIRCONOMY reduziert werden soll, um stattdessen die Ressourcen eher ins Digitale zu lenken, kam dabei aber zu keinem klaren Ergebnis. Es wurde jedoch eine Arbeitsgruppe gebildet, welche die digitale Öffentlichkeitsarbeit der INWO vorantreiben wird. Immerhin informierten sich auch im letzten Jahr wieder zahlreiche Banken (darunter auch Zentralbanken) und Universitäten auf unseren Internetseiten. Weitere Mitstreiter in der Arbeitsgruppe sind willkommen. Ansprechpartner ist Vlado Plaga: [INWO@INWO.de](mailto:INWO@INWO.de).

Wir möchten aber auch wieder mehr persönliche Präsenz zeigen: auf der Straße, z.B. bei den Demos von Fridays for Future, bei Seminaren und im Kontakt zu Wissenschaftlern.

Bitte unterstützt uns bei unseren Vorhaben! Wir brauchen Menschen, die uns die Daumen drücken, aber auch Leute die uns ideell, finanziell und organisatorisch unterstützen. Spenden für unsere Arbeit sind herzlich willkommen und werden leider auch dringend benötigt.

### Ausblick Veranstaltungen

- 10.-12. Januar 2020 in Frankfurt (?): Geldwende-Treffen zum Thema Freigeld – Vollgeld
- 7. Februar 2020 in Berlin: Tagung des Netzwerks Plurale Ökonomik »Der nächste Crash als Chance« mit Felix Fuders und Beate Bocking (im Internet: [naechstercrash-tagung.de/](http://naechstercrash-tagung.de/))
- 13.-15. März 2020 in Wuppertal: 65. Müндener Gespräche zur aktuellen Geldpolitik mit Beate Bocking (im Internet: [www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraech.html](http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de/de/muendener-gespraech.html))
- 17.-19. April 2020 in Gummersbach: Wochenendseminar zur Finanz- und Geldpolitik der Theodor-Heuss-Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung mit Beate Bocking und Steffen Henke
- 12.-16. Mai 2021 in Frankfurt am Main: 3. Ökumenischer Kirchentag (Aufruf »Denk mit! Die Welt hat's nötig«)



DEUTSCHLAND



## Deine Spende für die Geld- und Bodenwende

Um all diese Aufgaben bewältigen zu können, freuen wir uns über Deine Spende für die Geld- und Bodenwende! Auch kleine Beträge sind willkommen.

Konto INWO e.V.: IBAN DE32 4306 0967 6010 4514 00 bei der GLS Bank  
Unter [www.inwo.de/spenden](http://www.inwo.de/spenden) kannst Du auch bequem mit Paypal spenden.





## Volksinitiative »Mehr bezahlbare Wohnungen«

Der Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz lancierte 2015 zusammen mit dem Verband Wohnbaugenossenschaften Schweiz, dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), der SP Schweiz und den Grünen die nationale Initiative »Mehr bezahlbare Wohnungen«. Sechs Monate vor Ablauf der Sammelfrist wurde sie am 18. Oktober 2016 mit 105'000 gültigen Unterschriften eingereicht. Am 9. Februar 2020 kommt die Initiative an die Urne.

Neben der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus verfolgt die Initiative das Ziel, Kantonen und Gemeinden ein Vorkaufsrecht für Grundstücke zu gewähren. Dadurch soll mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.

Die Volksinitiative verfolgt damit Anliegen, für die sich auch die INWO Schweiz einsetzt. Durch die Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau wird der Wohnungsmarkt schrittweise dem Renditehunger der Spekulanten entzogen. Zudem werden die Möglichkeiten für eine Bodenreform ausgebaut, indem Kantone und Gemeinden ein Vorkaufsrecht für Grundstücke erhalten. Über die Gründe für solche und weitere Massnahmen zur Stärkung des Bodens als Gemeingut wurde erst kürzlich in der Fairconomy vom Juni 2019 (S. 10-11) berichtet.

Weitere Informationen zur Initiative:  
[www.bezahlbare-wohnungen.ch](http://www.bezahlbare-wohnungen.ch)

# bezahlbare- wohnungen.ch

## Mikrosteuer-Initiative wird lanciert

Bald beginnt die Sammlung von 100'000 Unterschriften für die Eidgenössische Volksinitiative »Mikrosteuer auf dem bargeldlosen Zahlungsverkehr«.

Die Initiative verlangt die Einführung einer automatischen Mikrosteuer von maximal 5 Promille (0,5 %) auf alle elektronischen Transaktionen. Mit der Mikrosteuer würden nicht mehr die Menschen für ihre Arbeit, sondern die enorme Anzahl von Transaktionen der Finanzindustrie

und der Spekulanten gezielt vom Bund besteuert. Ein grosser Teil der vom Bund erhobenen Steuern würde abgeschafft werden, während gleichzeitig mehrere Milliarden an Steuereinnahmen übrig bleiben, die beispielsweise für die Sicherung der Sozialwerke und eine nachhaltige Wirtschaft eingesetzt werden könnten.

Weitere Informationen unter:  
[www.mikro-steuer.wecollect.ch](http://www.mikro-steuer.wecollect.ch)

**Save the date! Samstag, 25. April 2020**

### Jubiläum 2020: 30 Jahre INWO Schweiz

Die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung in der Schweiz reicht mehr als 100 Jahre zurück. Nachdem sich die Bewegung seit Anfang des 20. Jahrhunderts mehrfach neu strukturierte, wurde 1990 der Verein INWO Schweiz als Nachfolgeorganisation der Liberalsozialistischen Partei (LSP) gegründet.

Nächstes Jahr wollen wir mit unseren Mitgliedern und allen Freiwirtschaftsinteressierten das 30-jährige Bestehen des Vereins feiern. Die Jubiläums-Generalversammlung findet am Samstag, den 25. April 2020 statt. Weitere Informationen werden Anfang 2020 kommuniziert. Ausserdem planen wir eine Auffrischung unserer Kommunikationsmittel. Um der Digitalisierung Rechnung zu tragen, wird die Modernisierung unseres Internetauftritts im Zentrum stehen. Das Konzept und weitere Details werden an der Generalversammlung 2020 vorgestellt.





Die Vernetzungsgruppe vor dem Hof der Longo Mai

Am 22. Juni dieses Jahres führte die jährliche Vernetzungswanderung in den Kanton Jura. Organisiert wurde der Anlass von Remy Holenstein (Verein Holon) und weiteren Personen. Eingeladen waren wie jedes Jahr die INWO und der Verein Talent, die Partei Integrale Politik, der Verein Permakultur, Stimmvolk Schweiz und weitere Organisationen.

Etwa 20 Personen versammelten sich gegen halb zehn Uhr am Bahnhof in Glovelier. Bei angenehmen Temperaturen und bedecktem Himmel wanderte die Gruppe auf den Jolimont oberhalb des Dorfes Glovelier. Witterungsbedingt wurde von den Ausflugsleitern eine Strecke gewählt, welche entlang einer Teerstrasse führte. Um die Mittagszeit wurde dann auch pünktlich die Bergkuppe erreicht und es blieb den Teilnehmern genügend Zeit für das Mittagessen und anregende Gespräche. Nach der Mittagspause durften sich die Vereine vorstellen, bevor

die Wanderung weiter nach Undervelier führte. Eine abwechslungsreiche Strecke führte durch Wälder und über Wiesen bis kurz vor die Ortschaft. Dort liegt der Hof der Kooperation »Longo Mai«. Sie führt mehrere Landwirtschaftsbetriebe in Europa und in Costa Rica. Für eine kurze Vorstellung der Organisation »Longo Mai« und die Besichtigung der Gebäude, des Wasserkraftwerks zur eigenen Stromversorgung und des Hofladens blieben noch gut zwei Stunden Zeit. Wegen der abgelegenen Lage des Ortes bot die Kommune den Wanderungsteilnehmern eine Fahrt zum nächsten Bahnhof an. Weitere Informationen zur Kooperative können der Webseite [www.prolongomai.ch](http://www.prolongomai.ch) entnommen werden.

An dieser Stelle ein herzlicher Dank an Remy Holenstein und das Organisationsteam für den erlebnisreichen Ausflug.

### WERDEN SIE INWO-MITGLIED!

Als Mitglied (CHF 100.- oder nach eigenem Ermessen) und als Gönner (aufgegründeter Mitgliederbeitrag) bilden Sie das finanzielle Fundament der INWO Schweiz und ermöglichen unser Engagement für ein nachhaltiges Finanzsystem sowie eine humane und gerechte Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

#### **INWO Schweiz**

Postfach 3161  
5430 Wettingen 3  
Tel.: 056 426 60 90  
E-Mail: [buerdo@inwo.ch](mailto:buerdo@inwo.ch)  
Bankverbindung: Postkonto 30-1771-2  
IBAN: CH83 0900 0000 3000 1771 2



## Aufnahmeantrag

**Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!**

- Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift).  
 Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).  
 Ich zahle jährlich 12 Euro (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

INWO Deutschland e.V.  
Postfach 90 02 06  
60442 Frankfurt am Main  
Tel.: 022 32 - 15 63 68  
E-Mail: [mitglieder@INWO.de](mailto:mitglieder@INWO.de)

Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich \_\_\_\_\_ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt mittels Kontoauszug belegt werden.

\_\_\_\_\_  
Vorname

\_\_\_\_\_  
Name

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl

\_\_\_\_\_  
Ort

\_\_\_\_\_  
E-Mail-Adresse  
(bitte angeben für regelmäßige Informationen)

\_\_\_\_\_  
Telefon  
(für Rückfragen – keine Telefonwerbung!)

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht notwendig:

\_\_\_\_\_  
Geburtsdatum bzw. Jahrgang

\_\_\_\_\_  
Beruf/Tätigkeit

**Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:**

Faltblatt  Bekannte  Internet  Vortrag  Seminar  Sonstiges \_\_\_\_\_

Datenschutz: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und nur durch vom Vorstand der INWO unmittelbar Beauftragte für vereinsbezogene Zwecke verarbeitet und genutzt. Die Daten dürfen dabei nicht an Dritte weitergegeben werden. Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Mitgliederverwaltung, Wallstr. 97, 50321 Brühl.

Wenn Sie **nicht** am Lastschrift-Verfahren teilnehmen möchten, bitten wir Sie **einen jährlichen Dauerauftrag** bei Ihrer Bank einzurichten. Wir bitten um Beitragszahlung bis zum 1. Mai des jeweiligen Jahres.

Gläubiger-Identifikationsnummer der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO): DE90NWO00000047916

**Einzugsermächtigung:** Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.  
**SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.  
**Hinweis:** Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

IBAN: DE \_ \_ \_ | \_ \_ \_ \_ | \_ \_ \_ \_ | \_ \_ \_ \_ | \_ \_ \_ \_ | \_ \_ \_

Name des Kreditinstituts oder BIC: \_\_\_\_\_

Ort, Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

**Hans-Jochen Vogel: Mehr Gerechtigkeit! Wir brauchen eine neue Bodenordnung – nur dann wird auch Wohnen wieder bezahlbar**, Verlag Herder 2019, 80 Seiten, 12.00 €, ISBN: 978-3-451-07216-1

Hans-Jochen Vogel, Dr. jur., geboren 1926, war Oberbürgermeister von München, Regierender Bürgermeister von Berlin, Bundesminister für Bauwesen, Raumordnung und Städtebau, Bundesminister für Justiz, SPD-Vorsitzender und Oppositionsführer im Bundestag.



Der in München lebende Vogel sieht mit 93 Jahren nochmals die Notwendigkeit, einen aufrüttelnden Weckruf an die Politik zu richten, und legt eine Streitschrift zum wichtigsten sozialen Thema unserer Zeit vor: Bezahlbarer Wohnraum.

Immer mehr Menschen stellt sich die bange Frage, wie lange sie sich ihr Heim noch leisten können. Nicht nur in Großstädten zeigen die Preise nur noch nach oben. Die bisherigen politischen Maßnahmen, wie etwa die Mietpreisbremse, erweisen sich als stumpfes Schwert im Kampf gegen die scheinbar unaufhaltsame Verteuerung des Wohnens. Den eigentlichen Grund hinter den steigenden Preisen hat lange Zeit kaum jemand wahrgenommen: nämlich die explosive Steigerung der Baulandpreise. Erst Hans-Jochen Vogels beharrlicher Kampf setzte das Thema wieder auf die Tagesordnung: Die massive Spekulation mit steigenden Grundstückspreisen führte deutschlandweit in den letzten Jahrzehnten zu einer Erhöhung der Baulandpreise um 1900 Prozent. Hans-Jochen Vogel streitet seit Jahrzehnten für eine Bodenrechts-Reform, um der ungebremsten Zockerei mit Grundstücken Einhalt zu gebieten und setzt in seinem Buch das Thema soziale Gerechtigkeit wieder ganz oben auf die politische Agenda. Er macht klar:

Boden ist keine beliebige Ware und im Umgang mit ihm muss das Gemeinwohl die Regeln des Marktes zurückdrängen. Für Hans-Jochen Vogel ist dies ein Gebot der Gerechtigkeit.

(Verlagstext, da eine eigene Besprechung vor dem Drucktermin dieses Heftes nicht mehr möglich war. Das Buch erschien am 18. November 2019.)

**Lionel Astruc, Vandana Shiva: Eine andere Welt ist möglich – Aufforderung zum zivilen Ungehorsam**, oekom Verlag 2019, 192 S., 20.00 €, ISBN: 978-3962381349

Wer sich mit Öko-Landbau, Saatgut und Ernährung befasst, wird sie kennen: Vandana Shiva, Globalisierungskritikerin und Trägerin des Alternativen Nobelpreises für ihren Einsatz für Umweltschutz und Menschenrechte.

Von Hause aus Physikerin – sie hat einen Doktor in (Quanten-) Physik –, gab sie ihre wissenschaftliche Karriere auf, als es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit indischen Bauern kam und sie von der Strategie des Monsanto-Konzerns erfuhr, die indische Landwirtschaft mittels der »Grünen Revolution« umkrepeln zu wollen.

Ihr neuestes Buch beruht auf einem Interview mit dem französischen Journalisten Lionel Astruc. Der gut lesbare Text gibt einen konzentrierten Überblick über ihr spannendes Leben, ihre politischen Aktivitäten und die Leitlinien ihres Kampfes.

Von ihren Themen her geht es natürlich schwerpunktmäßig um Agrarchemie-Konzerne wie Cargill und Monsanto und wie diese aus der chemischen Kriegsindustrie entstanden und auch heute noch einen Krieg gegen unseren Planeten führen.

Und es geht im Buch um erfolgreiche, immer gewaltfreie Kampagnen und Aktionen und was diese auszeichnet. Deswegen ist die »Aufforderung zum zivilen Ungehorsam« für alle Bewegungen, die sich für die Umwelt, für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit einsetzen, interessant.

Vandana Shiva beruft sich auf Mahatma Gandhi, der immerhin die britische Kolonialherrschaft in Indien beenden konnte. Weitere philosophische Basis-Konzepte sind die (gegen die mechanistische Philosophie gerichtete) Quantenphysik sowie der Öko-Feminismus, den sie zusammen mit Maria Mies entwickelte, der deutschen Soziologin, die einige Jahre in Indien gelebt und die den Widerstand gegen den Vorläufer von TTIP, MAI, das Multilaterale Abkommen über Investitionen, in Deutschland mitbegründet hat. Ihre öko-feministischen Kernaussagen lassen sich vielleicht

so zusammenfassen: Die Gesellschaft, Frauen und die Umwelt werden von einem kapitalistischen Patriarchat beherrscht.

Und was sind nun die Kernelemente einer erfolgreichen Kampagne bzw. der gesellschaftlichen Transformation? Wie fesselt man die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit?

Eine geschlossene Bewegung mit hierarchischen Strukturen sei nicht zeitgemäß, eher müsse sie in die Breite wachsen. Sie möge den Wellen gleichen, die Steine in einem ruhigen Meer erzeugen.

»Die Wahrheit auszusprechen ist die erste Tat in einem gewaltfreien Kampf«, so Vandana Shiva. Informationen allen zugänglich zu machen, habe absolute Priorität. Es gehe darum, abstrakte Konzepte klar und knapp zu beleuchten, so dass jede/r die Grundzusammenhänge verstehen kann.



Kritik und Neinsagen reichen nicht, eine Bewegung muss Alternativen vorschlagen und ganz praktisch »handfest« anfangen mit dem Aufbau von Projekten der Selbstversorgung und Selbstbestimmung – in ihrem Fall Saatgutbanken und eine Ökofarm, in unserem Fall vielleicht regionale Komplementärwährungen und genossenschaftliche Wohn- und Landprojekte – als Vorbereitung auf den Zusammenbruch der Wirtschaft.

Nicht predigen oder Ängste schüren, sondern Mut machen, Hoffnung in den Menschen wecken und einen Hunger danach, ihr ganzes Potential auszuschöpfen (Potential, ein Schlüsselbegriff der Quantenphysik). Viele Menschen seien bereit zur Veränderung und Aufgabe der Bewegungen sei es, diese Menschen zu vernetzen, so dass sie selbst kreativ werden und ein neues Narrativ und somit eine andere, neue Welt schaffen.

Annette Blank



In einem Punkte besteht zwischen den heutigen Zuständen und denen im alten Rom völlige Übereinstimmung. Die gesellschaftliche Struktur war dieselbe im alten Rom, wie in der neuen Welt, Rentner und Arbeiter, Genießer und mühselig Beladene. Die herrschende Klasse, die die Ketten schmiedete und die beherrschte Klasse, die an den Ketten rüttelte. Genau wie bei uns.

Und auch darin finden wir völlige Übereinstimmung, nämlich in der Ursache dieser Klassenspaltung des Volkes.

Dasselbe Bodenrecht, das in Rom mit Waffengewalt und religiösem Hokusfokus gegen die ewig aufsässigen Massen der Entrechteten geschützt werden musste, dasselbe Bodenrecht gilt noch heute überall in der Welt. Der Mensch wird heute wie damals als Grundbesitzer oder als hoffnungsloser Proletarier geboren.

Und auch das Geldwesen des alten römischen Reiches, das die Zinswirtschaft bedingt, den Kapitalismus als Anhängsel hat, die Wirtschaftskrisen in Kauf nehmen muss, dasselbe Geldwesen, in völlig unveränderter Gestalt, das haben auch die modernen Kulturvölker.

**Silvio Gesell in »Der Aufstieg des Abendlandes«, Vorlesung gehalten 1923 in Basel auf dem 1. Internationalen Freiland-Freigeld-Kongress**



**Bessere Zukunft?**

**Freiland  
& Freigeld!**